

L. MAGYAR

20 Pf.



**KAPITALISMUS
GEGEN
SOZIALISMUS**

DER MOSKAUER PROZESS
GEGEN DIE INDUSTRIEPARTEI

ARITATISMUS
EGEN
OZIALISMUS
KKAU R ROESS
INDUSTRIE

Einleitung

Der Moskauer Prozeß gegen die Schädlinge aus der Industriepartei hat blitzartig beleuchtet, was in der Hexenküche der russischen und der internationalen Konterrevolution vor sich geht. Die Angeklagten sind zwar verurteilt worden, die konterrevolutionäre Verschwörung innerhalb der Sowjetunion wurde zwar vernichtet, aber damit sind die Interventionspläne, die in den Kabinetten der imperialistischen Regierungen, vor allem in Paris, im französischen Generalstab und den Kreisen der französischen Bankiers, geschmiedet werden, nicht aus der Welt geschafft. Die Interventionisten werden weiterhin in der Arena des politischen Lebens die Verwirklichung ihrer Pläne anstreben, sie werden weiterhin Agenten für „ihre Sache“ zu werben suchen. In den bürgerlichen Staaten spielen faschistische und sozialfaschistische „Helden“ ihre klägliche Lakaienrolle im Dienste der Imperialisten, im Hintergrunde aber, als Drahtzieher, stehen die wirklichen Lenker der Geschehnisse der kapitalistischen Welt, die internationale Finanzoligarchie, die in der Sowjetunion — dem ersten proletarischen Staat, der in die Periode des Sozialismus eingetreten ist, immer größere Fortschritte macht und immer unabhängiger vom Weltmarkt wird, der den Proletariern aller Länder immer wieder als leuchtendes Beispiel den Weg zu ihrer Befreiung zeigt — ihren Todfeind erblickt, der unter allen Umständen vernichtet werden soll. Klasse steht gegen Klasse, Klassenstaaten gegen Klassenstaat. Der Klassenkampf wird in internationalem Maßstab mit immer größerer Erbitterung, Schärfe und Entschiedenheit geführt.

Der Moskauer Prozeß hat nur einen Teil der internationalen Verschwörung gegen die Sowjetunion aufgedeckt. Wir wissen nicht, welche Verschwörungen weiterhin ausgeheckt und organisiert werden, aber die Ziele sind stets die gleichen und liegen klar auf der Hand: Die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken soll vernichtet, die erste proletarische Diktatur gestürzt, die revolutionäre Arbeiterbewegung in der gan-

zen Welt niedergeworfen, zerschlagen und die nationalen Befreiungskämpfe in den Kolonial- und Halbkolonialländern im Blute erstickt werden.

Ohne dies — kein kapitalistischer Ausweg aus der Krise, in deren Fangarmen sich der internationale Kapitalismus verzweifelt windet und denen er zu entkommen sucht, ohne dies — kein kapitalistischer Ausweg aus der allgemeinen Krise, die das gesamte kapitalistische System in seinen Grundfesten erzittern läßt — so meinen die Ideologen und Politiker der Bourgeoisie.

Blitzartig hat dieser Prozeß gezeigt, wie die Bourgeoisie nach einem Ausweg aus dieser Krise sucht, er zeigte in grellem Lichte die verzweifte Kampftschlossenheit der Imperialisten, den Feldzug gegen die Sowjetunion einzuleiten, mit allen Mitteln die revolutionäre Arbeiterklasse aller Länder niederzuschlagen und die im Osten immer weiter um sich greifenden nationalen Erhebungen, die dem Imperialismus immer gefährlicher werden, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Darin liegt die politische Bedeutung dieses Prozesses. Ein neuer Weltkrieg droht, neue Kämpfe, in denen die Klassengegensätze ihre denkbar schärfste Zuspitzung erfahren werden, reifen heran, fieberhaft wird ein neuer Feldzug gegen die Sowjetunion vorbereitet, von dessen Ausgang nicht nur die Geschicke des russischen Proletariats, sondern der gesamten internationalen Arbeiterklasse abhängen. Kampfbereitschaft, Unerschrockenheit, Erkennen der Gefahr, die dem internationalen Proletariat direkt und indirekt droht, revolutionäre Initiative und höchste Bereitschaft gegenüber dem Schlag, den die imperialistischen Kohorten gegen das revolutionäre Proletariat vorbereiten — dies muß das Ergebnis des Studiums dieses Moskauer Prozesses sein, der, wenn auch nur im Ausschnitt, die augenblickliche internationale Situation charakterisiert.

Weltkrise des Kapitalismus — Intervention gegen die Sowjetunion

Die ersten Termine der Intervention waren bereits für 1928 festgesetzt. Die imperialistischen Gegensätze in den eigenen Reihen, das Anwachsen der revolutionären Arbeiterbewegung, die Ausbreitung der revolutionären Erhebungen in den Kolonien, die erstaunlichen Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion ließen diesen Termin damals als ungeeignet für eine Intervention erscheinen. Man verschob die Intervention auf das Jahr 1930. Aber wiederum waren es die sich immer mehr zuspitzenden Gegensätze im imperialistischen Lager selbst, der wachsende revolutionäre Widerstand des Proletariats, die unaufhörlich weiter um sich greifenden revolutionären Unruhen in den Kolonien, die die Imperialisten veranlaßten, für eine aussichtsreiche Intervention gründlichere, umfassendere Vorbereitungen zu treffen, die im Jahre 1931 beendet sein sollten.

Die Weltwirtschaftskrise verschärft sich jedoch immer mehr, die Gegensätze im kapitalistischen Lager spitzen sich immer mehr zu, die kolonialen Revolutionen werden immer heftiger, der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion macht immer größere Fortschritte, das revolutionäre Proletariat geht immer mehr zum Gegenangriff über. Die Motive also, die die Imperialisten auch früher schon zu ihren Interventionsplänen veranlaßten, zwingen jetzt immer mehr zu einem raschen, entscheidenden Eingreifen. Die internationale Finanzoligarchie selbst kann kein Hehl aus der Tiefe und dem Umfang dieser Krise. Die Resolution der internationalen Handelskammer, angenommen in Paris am 5. Dezember 1930, charakterisiert denn auch die Lage der Weltwirtschaft folgendermaßen:

Während der letzten sechs Monate verschärfte sich die Wirtschaftskrise und zeigte die gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Länder voneinander noch klarer auf. Diese Krise wurde hervorgerufen durch:

- a) Ueberproduktion im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme;
- b) starken Preissturz aller Rohstoffe, wobei die Detailpreise nicht niedriger wurden;
- c) Agrarkrise;
- d) Erwerbslosigkeit;
- e) politische Unruhen;
- f) teilweise oder restlose Schließung einer Reihe der wichtigsten Märkte;

- o) zu langsame Anpassung der internationalen Valutaverhältnisse an die gegenwärtige Lage;
- p) Lähmung der Unternehmungslust, hervorgerufen durch die großen Differenzen der Prozentsätze für lang- und kurzfristige Kredite;
- q) Preissturz des Silbers;
- r) Dumping der Sowjetunion durch große Quantitäten von Weizen, Rohstoffen und Halbfabrikaten, bei Preisen, die unter den normalen Produktionskosten stehen;
- s) Steuern;
- t) staatliche Einmischung auf dem Gebiete privater Unternehmungen;
- u) Beschränkung der Ein- und Auswanderung von Arbeitern.

Politische Unruhen, teilweise oder vollkommene Schließung der wichtigsten Märkte und das „Dumping“ der Sowjetunion werden also als die wichtigsten Ursachen der augenblicklichen Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus angegeben, wobei bemerkt werden muß, daß von einem Dumping der Sowjetunion ernsthaft nicht gesprochen werden kann und diese Behauptung somit jeder Grundlage entbehrt.

Auf dieser Tagung der Internationalen Handelskammer in Paris hat der Vertreter Englands, Sir Arthur Balfour, die Stellungnahme der Internationalen Finanzoligarchie noch offener und unverhüllter mit folgenden Ausführungen aufgezeigt:

„Die staatliche Einmischung und die Einmischung der Gewerkschaften in das Wirtschaftsleben werden immer drückender und verursachen eine Vertiefung der Krise. Eine andere Ursache der Krise liegt in dem System der internationalen Schuldverteilung. Ich bin fest davon überzeugt, daß in den meisten Ländern ein Abbau der Löhne unvermeidlich ist. Wenn wir die Industrie wiederherstellen wollen, so müssen wir sie für jene profitabel machen, die ihre Kapitalien in neuen Unternehmungen anlegen sollen. Es wäre der größte Fehler, sich einzubilden, daß der Fünfjahresplan (der Sowjetunion) nur dann eine Gefahr darstelle, wenn er voll und ganz gelingt; er würde schon eine genügend große Gefahr darstellen, wenn er auch nur in geringem Umfang durchgeführt wird.“

Ein anderer Vertreter Englands, Sir Felix Schuster, erklärt: „Die Sowjetunion ist eine Gefahr für den ökonomischen und politischen Wohlstand der übrigen Welt. Gegen diese große Gefahr für die gesamte Struktur unserer Zivilisation müssen wir ohne weitere Diskussion sofort alle Maßnahmen ergreifen. Die ganze Welt muß sich vereinigen, den Sowjets alle Kredite verweigern und jeglichen Geschäftsverkehr mit der Sowjetunion unter strengste Kontrolle stellen, wie dies jetzt in Frankreich und Belgien der Fall ist.“

Das Programm der internationalen Finanzoligarchie ist also klar, sie sieht nur einen Ausweg aus der Krise, nämlich den: die Arbeitslöhne abzubauen, die Gewerkschaften, insoweit sie noch Arbeiterinteressen vertreten, auszuschalten, die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterdrücken, neue Märkte zu eröffnen, die Durchführung des Fünfjahresplanes der UdSSR unmöglich zu machen, die Sowjetunion wirtschaftlich zu blockieren — und dann kommt die Intervention,

Die wichtigsten Vertreter der internationalen Bourgeoisie machen aus diesen Plänen kein Hehl. Dieser Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen kapitalistischer Wirtschaftsanarchie und sozialistischer Planwirtschaft, zwischen Konterrevolution und Revolution entwickelt und verschärft sich auf Grund der tiefen zyklischen Krise des Kapitalismus und der durchschlagenden Erfolge des sozialistischen Aufbaus, dem die kapitalistische Umwelt nicht mehr untätig zusehen darf.

Wie die Intervention vorbereitet wird

Auf Grund dieser Weltlage entwickeln sich die Interventionspläne, entwickeln sich die Vorbereitungen zu einem neuen Krieg. Eine Intervention in der gegenwärtigen Periode wird aber nicht nur einen Krieg an sich bedeuten, sondern einen Klassenkrieg. Klasse steht gegen Klasse, Klassenstaaten gegen Klassenstaat. Und um eben diese Intervention gegen die Sowjetunion durchführen zu können, muß die Bourgeoisie drei Aufgaben lösen:

„Sie muß erstens ihr Hinterland sichern. Man kann keinen Krieg erfolgreich führen, wenn im Hinterlande eine Arbeiterklasse mit ihrem Verbündeten, den armen Bauern, zur Revolution bereit steht, eine Arbeiterklasse, die willens ist, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg zu verwandeln. Alle Politiker und Militärsachverständigen verstehen nur zu gut, daß ein neuer Weltkrieg in weit höherem Maße als 1914/1918 nicht nur an den Fronten, sondern auch im Hinterlande entschieden werden wird. Während die Parteien der II. Internationale während des Weltkrieges als Agentur der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse durch ihre Politik des Burgfriedens diese Sicherung des Hinterlandes übernehmen konnten; ist heute die Lage eine ganz andere. In allen Ländern bestehen bereits mehr oder minder starke kommunistische Parteien, die breiten Masseneinfluß besitzen, und allein wird die Sozialdemokratie diesmal diese Aufgabe der Sicherung des Hinterlandes auch beim besten Willen nicht lösen können. Eben darum, weil die Klassengegensätze sich ungeheurer zugespitzt haben, weil der Klassenkampf viel ungestümer geworden ist, weil die Gefahr der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg viel größer geworden ist, weil die Sozialdemokratie mit Hilfe ihrer Burgfriedenspolitik heute nicht mehr so leicht die Arbeiterklasse treffen und desorganisieren können und schließlich, weil die Arbeiterklasse im künftigen Krieg eine viel bedeutendere, ausschlaggebendere Rolle spielen wird als während des Weltkrieges 1914/1918 —

aus all diesen Gründen spielt diese Frage heute eine viel größere Rolle. Um das Hinterland zu sichern und Vorsorge zu treffen, daß an den zukünftigen Fronten „Ruhe und Ordnung“ herrschen wird, muß schon jetzt vorgearbeitet werden, müssen schon jetzt alle revolutionären Organisationen vernichtet und zerschlagen, muß schon jetzt die Arbeiterklasse desorganisiert und ihrer revolutionären Vorhut beraubt werden.

Die zweite Aufgabe, die zur Vorbereitung eines neuen Krieges von der Bourgeoisie gelöst werden muß, ist die Desorganisierung des Hinterlandes des zukünftigen Feindes. Diese Methode wurde schon während des Weltkrieges 1914/1918 angewandt, die Ententestaaten haben hierzu die nationale Frage ausgenutzt und sich als die „Befreier“ der unterdrückten Nationen des Dreibundes aufgespielt. Allen ist ja noch die Wilsonsche Schwindellose des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in guter Erinnerung. Die Ententemächte waren bestrebt, die Jugoslawen, Tschechen, Slowaken, Rumänen, teilweise auch die Ukrainer und Italiener gegen die Habsburger Monarchie zu mobilisieren. Lawrence organisierte den Aufstand der Araber gegen die Türken. Demgegenüber versuchten die Mittelmächte, nationale Bewegungen in den Ländern und Kolonien der Ententestaaten hervorzurufen. Der hohenzollerische Generalstab versuchte, mit den nationalen Bewegungen in Irland und in Indien in Verbindung zu kommen; er versuchte, nationale Aufstände in den französischen Kolonien Nordafrikas auszulösen, und die deutsche und österreichisch-ungarische Regierung machten verzweifelte Anstrengungen, um die nationalen Bestrebungen der Polen und Ukrainer gegen die Romanow-Monarchie auszunutzen. Italien, Serbien, Rumänien traten mit der Parole der „Befreiung der unterdrückten Brüder“ auf. Wie wenig ernst es ihnen aber damit gemeint war, wie wenig es für sie um das Wilsonsche Selbstbestimmungsrecht der Völker ging, haben ja klar die Verträge von Versailles, Trianon, St. Germain und Neuilly gezeigt.

Schon während des Weltkrieges wurden Versuche unternommen, Schädigungsakte im Hinterlande des Feindes in großem Maßstabe durchzuführen. So z. B. hat der deutsche Generalstab große Anstrengungen gemacht, um die amerikanische Kriegsindustrie zu lähmen und durch Sprengungen, Sabotageakte, Schädigungen und Spionage wichtige Betriebe des Feindes lahmzulegen. Die Ententemächte blieben selbstverständlich dem Dreibund auch auf diesem Gebiete nichts schuldig. In einem neuen Weltkrieg aber wird die Rolle der Desorganisierung des feindlichen Hinterlandes noch eine bedeutend größere Rolle spielen.

Aus dieser Erkenntnis heraus versucht jetzt die internationale Bourgeoisie, alle Klassenkräfte zu sammeln, um das Hinterland des einzigen proletarischen Staates der Welt, der Sowjetunion, für den Fall eines Interventionskrieges zu desorganisieren, Kriegsindustrie, Transportwesen usw. in ihrer Entwicklung zu hemmen und schon jetzt die wichtigsten Industriezweige in dem rapiden Tempo ihres Aufschwungs aufzuhalten.

Die dritte Aufgabe der Bourgeoisie besteht darin, den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion diplomatisch, militärisch und ökonomisch vorzubereiten.

Wenn wir festzustellen versuchen, wie die internationale Finanzoligarchie, besonders der französische Imperialismus, diese drei Aufgaben als Voraussetzung der Intervention in der letzten Zeit, bis zu ihrem zweiten vorgesehenen Interventionstermin — 1930 —, erfüllt hat, so sehen wir folgendes:

Um die Aufmarschräume gegen die Sowjetunion sicherzustellen, wurde alles getan, um die Vasallenstaaten, die als Trabanten des französischen Imperialismus den unmittelbaren militärischen Schlag gegen die Sowjetmacht führen sollen, aufs stärkste zu faschisieren.

In Rumänien hat die französische Diplomatie die Rückkehr König Carols vorbereitet. Die Reise Loucheurs nach Bukarest vor der Rückkehr Carols diente diesem Zweck. Carols Rückkehr war nicht nur ein wichtiges Kettenglied in der Faschisierung Rumäniens, sondern auch der Vorbereitung Rumäniens für diesen Krieg. Die gesamte rumänische Politik nach der Rückkehr Carols ist darauf zugeschnitten, den Krieg gegen die Sowjetunion mit vorbereiten zu helfen. Daher ist Carol auch bestrebt, die große Koalition zwischen den Liberalen — Großgrundbesitzer und mit dem Bankkapital verwachsene Industriebourgeoisie — und den Nationalaranzisten zu bilden. Daher werden in Rumänien in fieberhafter Eile neue Betriebe der Kriegsindustrie erbaut. Daher wurde das Militärbudget riesig erhöht. Daher wurde die Tätigkeit der Siguranza, der rumänischen Geheimpolizei, gegenüber den revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse verschärft. Daher wurde und wird ein blutiger Feldzug gegen die revolutionären Arbeiter- und Bauernorganisationen in Bessarabien unternommen, werden Strafexpeditionen gegen die revolutionären Bauern organisiert. Daher wurde eine Standortsveränderung der rumänischen Armee vorgenommen. Daher werden am Schwarzen Meer in aller Eile Kriegshäfen gebaut, daher wird die rumänische Flotte verstärkt. Daher hat die französische Diplomatie alle Anstrengungen

gen gemacht, um eine Annäherung zwischen dem Rumänien der Bojaren und Bankiers und dem Ungarn der Großgrundbesitzer und Finanzkapitalisten zustande zu bringen. Daher hat auch die „demokratische“ französische Republik der reaktionärsten Militärdiktatur in Rumänien geholfen, das Land zu faschisieren.

Im Polen Pilsudskis, dem Lande, wo der Säbel regiert, wurde seit der Machtergreifung durch Pilsudski ein Vernichtungsfeldzug gegen alles Fortschrittliche und Revolutionäre in der Arbeiterklasse geführt. Der Faschierungsprozeß Polens wurde aber besonders in der letzten Zeit in gesteigertem Tempo durchgeführt. Die letzten polnischen Wahlen — wenn man von Wahlen überhaupt reden kann — haben Pilsudski endlich einen vollkommen gefügigen faschistischen Sejm gebracht. Pilsudski hat sich sogar eine faschistische PPS — die Juworski-Gruppe — gegründet, was nicht bedeutet, daß die früher vereinte PPS etwa nicht ihre Pflichten als sozialfaschistische Partei hinsichtlich der Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung erfüllt hätte. Das Polen der Obersten ist in ein Kriegslager verwandelt. In der Westukraine haben die Strafexpeditionen der Planen mit ihren Brandschätzungen, Vergewaltigungen von Frauen, mit dem Zu-Tode-Prügeln revolutionärer Bauern der Welt gezeigt, wie sich das faschistische Polen sein Hinterland sichert. Die Gefängnisse sind voll von revolutionären Arbeitern aus Warschau, Lodz und Dombrowa. In den weißrussischen Gebieten wütet der weiße Terror. Die Kriegsindustrie arbeitet mit Volldampf. Die Militärausgaben betragen mehr als die Hälfte des Gesamtbudgets; hunderte Millionen Zloty werden sogar ohne jedwede parlamentarische Bewilligung für Rüstungszwecke verausgabt. Die Regierung der Obersten treibt eine wüste Hetze gegen die Sowjetunion. Die Besetzung der Ukraine, der neue Feldzug gegen Kiew werden zum Regierungsprogramm erhoben. Was an schwerer Munition und Kriegsvorräten noch fehlt, wird massenweise aus Frankreich über Gdingen — den Ostseehafen nahe Danzig — eingeführt.

In Finnland ist der Faschierungsprozeß bereits vollendet. Alle revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse wurden in die Illegalität getrieben. Hunderte von linken Arbeiterführern wurden gewaltsam über die Sowjetgrenze nach Sowjetrußland vertrieben. Eine Reihe von Antikommunistengesetzen, von Gesetzen gegen die Organisationen der Arbeiterklasse, sollten den Faschismus zum Staatsprinzip erheben. Die Lappo-Großbauern, die Schützenkorps, die im Arbeitermord geübten Offiziere haben den Willen der Großbourgeoisie verwirklicht. Die finnländische Sozialdemokratie hat hierbei „erlich“ mitgeholfen. Es

wird eine ungezügeltete Hetzkampagne geführt, um den Bauern zu beweisen, daß für Krise, Not und Elend die Sowjetkonkurrenz verantwortlich sei.

Diese drei Staaten wurden dazu bestimmt, den militärischen Hauptschlag gegen die Sowjetunion zu führen. Gleichzeitig wurde der Faschierungsprozeß in Estland und Lettland gefördert, Schützenkorps organisiert und eine Zusammenarbeit zwischen polnischer Armee und den Armeen dieser Länder bewerkstelligt. Die internationale Bourgeoisie spricht davon, daß die Grenzstaaten der Sowjetunion einen Schutzwall gegen den nach Westen dringenden Bolschewismus bilden sollen. Rumänien, Polen, Finnland, Estland, Lettland stellen aber keinen Damm gegen die Gefahr des Bolschewismus dar, sondern sie sind bloße Waffenplätze für einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion.

Zu gleicher Zeit wird die Faschisierung der Tschechoslowakei in forciertem Tempo betrieben. In Jugoslawien herrscht der Säbel, die offene Militärdiktatur. Die französische Diplomatie hat alle Kräfte darangesetzt, um auch diese Staaten in die Antisowjetfront einzureihen; sie hat weiterhin keinerlei Anstrengungen gescheut, um auch Horthy-Ungarn und das Oesterreich der Helmwehren in diese Front einzugliedern. In diesen Bestrebungen hat der französische Imperialismus die aktivste Unterstützung der internationalen Finanzoligarchie gefunden. Der aggressivste, kriegslüsterne Teil der internationalen Bourgeoisie übt nicht nur auf die Regierungen seiner eigenen Länder einen Druck aus, um den Antisowjetfeldzug zu beschleunigen, sondern hilft auch dem französischen Imperialismus so viel wie möglich, diesen Plan durchzuführen. Urquhart und die verschiedenen Vereinigungen von Kreditoren des zaristischen Rußland in England sind hierbei fieberhaft tätig. Das englisch-holländische Oelkapital mit Deterding an der Spitze organisiert die Kampagne gegen die Sowjetunion in internationalem Maßstabe, um die Konkurrenz des Sowjetnaphthas zu brechen, um die Naphthafelder von Baku und Grosny unter seine Kontrolle zu bringen. Die finnischen und schwedischen Forstindustriellen, vor allem der schwedische Zündholztrist mit Kreuger an der Spitze (der in den letzten Jahren fast den gesamten Weltmarkt für Zündhölzer eroberte), erblicken in der Sowjetunion ihren mächtigsten Konkurrenten. Jene Gruppen der französischen, belgischen, englischen und amerikanischen Finanzoligarchie, die im zaristischen Rußland große Kapitalien angelegt hatten und diese durch die Oktoberrevolution verloren haben, haben sich in allen diesen Ländern organisiert und unterstützen sowohl mit ihrem politischen

Einfluß als auch materiell die Vorbereitungen zu einem Krieg gegen die Sowjetunion.

Die Versuche, Deutschland in die Antisowjetfront einzureihen, sind bekannt. Auch hier hat die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Politik der „Westorientierung“ dem internationalen Finanzkapital ungeheure Dienste erwiesen. Auch die Versuche Rechbergs und anderer Abenteurer, viel einflußreicher und gefährlicher als Rechberg selbst, eine Verständigung zwischen französischem Imperialismus und deutschem Faschismus auf Kosten der Sowjetunion herbeizuführen, sind bekannt; besonders nach den letzten Reichstagswahlen, die den Nationalsozialisten 6,5 Millionen Stimmen brachten, wurden diese Versuche ganz offen betrieben. Hitler macht kein Hehl daraus, daß es sich nur um den Preis handelt, um welchen der deutsche Faschismus seine Söldnerarmee in den Dienst der Interventionisten gegen die Sowjetunion stellen wird.

Die verfaulende Bourgeoisie in der Emigration

Die Desorganisation des Hinterlandes des Feindes — der Sowjetunion — war die zweite Aufgabe, von deren Lösung die Möglichkeit eines kriegerischen Angriffs abhängt. Zu diesem Zwecke war das internationale Finanzkapital, mit dem französischen Imperialismus an der Spitze, gezwungen, alle konterrevolutionären, sowjetfeindlichen Kräfte innerhalb der Sowjetunion zu sammeln, organisatorisch zusammenzufassen und zu mobilisieren. Auf welche Kräfte konnte sich der französische Imperialismus hierbei stützen? Natürlich rechnete er mit vollem Recht auf die aktivste Unterstützung durch die weiße russische Emigration. Die Ueberreste der durch die Oktoberrevolution zerschlagenen und vernichteten russischen Bourgeoisie und der russischen Großgrundbesitzer leben in der Emigration. Es handelt sich um einige Millionen Menschen, die in mehr oder weniger kompakten Massen in den verschiedensten Ländern zerstreut sind. Die Hauptmasse dieser Emigranten sitzt in Polen, den Randstaaten, Bulgarien, Jugoslawien, Frankreich und China. Ueberall stehen sie im Dienst der internationalen Konterrevolution. Die Geheimpolizei aller Länder hat als „Spezialisten“ zur Bekämpfung des Bolschewismus russische weißgardistische Emigranten in ihren Diensten. Diese Emigration liefert die satissam bekanntesten Tschernowezfälscher, Sinowjewbrieffälscher, die erfahrensten Provokateure, die die ganze kapitalistische Welt mit den gewünschten „Geheimdokumenten“ der Komintern versorgen, die dann zu Kampagnen gegen die Sowjetunion dienen. Handelt es

sich um eine Unterstützung des Senats der USA — der Fish Kommission —, handelt es sich um den Meerut-Prozeß in Indien, handelt es sich um die berühmt gewordenen Enthüllungen des New Yorker Polizeipräsidenten Wholen, handelt es sich um Fälschungen der Berliner I.A. der Severing-Polizei — Immer ist die weiße russische Emigration im Spiele. Sogar eine ganze Anzahl von Prozessen vor bürgerlichen Gerichten hat ein grelles Licht auf die Rolle dieser agents provocateurs geworfen. Dies hat jedoch der Aktivität dieser Gruppen und deren Ausnutzung durch die bürgerlichen Regierungen aller Länder nicht den geringsten Abbruch getan. Die weißgardistische Emigration leistet weiter Spionagedienste für jedwede kapitalistische Regierung, sie organisiert weiter Terrorakte gegen Sowjetvertreter im Auslande. Die Ermordung des Sowjetvertreters Worowski in Genf, des Sowjetvertreters Wojkow in Warschau, das Attentat auf den Handelsvertreter der Sowjetunion in Warschau, Lissarew, die Ermordung zweier Sowjetkuriere in Lettland, das versuchte Bombenattentat auf die Sowjetbotschaft in Warschau, die versuchten Attentate auf die Pariser Sowjetbotschaft, die Ueberfälle auf Sowjetinsituationen in China, die ununterbrochenen Provokationen an der ostchinesischen Eisenbahn — dies alles sind nur einzelne Kettenglieder der ununterbrochenen Provokationen. Dabei handelt es sich nicht allein um die physische Vernichtung einzelner Sowjetvertreter, sondern diese Attentate werden zu dem Zweck inszeniert, um Konflikte zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Umwelt hervorzurufen.

Die weißgardistische Emigration hilft fernerhin, die ständige Hetzkampagne der bürgerlichen Presse gegen die Sowjetunion mit Material zu versorgen, besonders in der letzten Zeit, indem die unsinnigsten Gerüchte über die „verzweifelte“ innere Lage der Sowjetunion, die Ermordung Stalins, die Verhaftung Blüchers, über Straßenkämpfe in Moskau usw. usw., für die Rigaer und Helsingforscher Nachrichtenbüros fabriziert werden.

Die weißgardistische Emigration hat ferner ihre Militärorganisationen in Jugoslawien und Bulgarien, wo tausende ehemaliger zaristischer Offiziere in Militärverbänden organisiert sind; es halten sich dort noch immer die Reste der zerschlagenen Wrangel-Armee auf. In Frankreich hat die konterrevolutionäre Emigration nicht nur ihre festen militärischen Organisationen, sondern sie unterhält sogar unter wohlwollender Unterstützung der französischen Regierung eine Kriegsschule zur Ausbildung von Offizieren für die neue Interventionsarmee. Innerhalb der Armeen der verschiedenen chinesischen Generale existieren bis heute garzo

weißgardistische Verbände; besonders während des Konflikts an der ostchinesischen Eisenbahn wurden diese weißgardistischen Banden massenweise gegen die Sowjetunion mobilisiert. In Chinesisch-Turkestan werden durch Beschäftigung beim englischen Intelligence Service alle weißgardistischen Banden konzentriert und in festgefühten Militärverbänden für den Fall einer neuen Intervention in Bereitschaft gehalten. In Schanghai sind sowohl auf dem Gebiete der internationalen wie der französischen Konzession nicht nur ganze Polizeibteilungen, sondern auch verschiedene Militärverbände aus weißgardistischen Elementen zusammengestellt.

Es handelt sich also um Zehntausende von konterrevolutionären Soldaten, deren Bedeutung als Hilfstruppen des Imperialismus im Falle einer Intervention nicht nur in ihrer numerischen Stärke liegt. Diese Armee stellt — gleich der deutschen Reichswehr — zugleich eine Kaderarmee von Offizieren und Unteroffizieren dar, deren Gesamtstärke sofort ohne weiteres durch un ausgebildete Truppen bedeutend erhöht werden kann. Die Tatsache, daß die angeklagten Schädlinge im Moskauer Prozeß gegen die Industriepartei ausgesagt haben, daß eine weißgardistische Armee von Hunderttausenden unter Führung des Generals Lukomski sofort in Aktion treten sollte, zeigt, daß das Finanzkapital keine Mühe scheut, um auch weißgardistische Hilfstruppen bereitzuhalten.

Ideologisch und politisch vertritt diese weißgardistische Emigration die verfallenden Ueberreste der früheren regierenden Klassen des zaristischen Rußland. Infolgedessen sind in ihr eigentlich alle politischen Parteien der russischen Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer vertreten. Sie ist daher auch in die verschiedensten Gruppen gespalten; sogar die Monarchisten haben mindestens zwei Fraktionen; um Miljukow gruppiert sich das sogenannte republikanisch-demokratische Zentrum, und Kerenski ist das Bindeglied zwischen Miljukow, den Sozialrevolutionären und Menschewisten. In der Sowjetunion selbst haben diese sogenannten Parteien und Gruppen keinerlei Massenbasis, keinerlei Organisation hinter sich. Sie bekämpfen sich innerhalb der Emigration mit den schmutzigsten Mitteln. Aber diese so zerrissene, zerfallene, verfallende Emigration wird durch den gemeinsamen Haß gegen die Rätemacht zusammengehalten; dieser Haß und die Sehnsucht nach einer Intervention vereinigen diese Emigration trotz aller inneren Differenzen. An sich stellt sie selbstverständlich keine ernsthaftige Kraft dar, sondern ist nur ein Produkt des immer weiter fortschreitenden Verfallungs- und Verwesungsprozesses einer ge-

sätzlich überholten und vernichteten Gesellschaftsschicht. Insofern sie eine Kraft darzustellen scheint, ist dies nur die Widerspiegelung der Kraft der internationalen Bourgeoisie, die sie für ihre Zwecke ausnutzt; insofern die Sozialrevolutionäre und Menschewisten eine Kraft darstellen, widerspiegeln auch sie nur die Macht der II. Internationale, die sie mit allen Mitteln unterstützt, also indirekt auch nur die Macht des internationalen Finanzkapitals, in dessen Diensten die II. Internationale steht. Die wirkliche Führung der weißgardistischen Emigration befindet sich also nicht in den Händen der Ueberreste verschiedener ehemaliger politischer Parteien und Gruppen der russischen Konterrevolution, sondern in den Händen jenes übriggebliebenen Teiles der russischen Bourgeoisie, der mit dem französischen Kapital von jeher engstens verbunden war und auch jetzt noch durch gemeinsame Interessen mit ihm verbunden ist. Da die russische Bourgeoisie, und besonders die Großbourgeoisie, aufs engste mit dem Großgrundbesitz verwachsen war, vertreten die emigrierten Teile der russischen Bourgeoisie sehr weitgehend auch die Interessen der vernichteten Großgrundbesitzerklasse. Die Organisation, die diese Interessen vertritt, existiert in Paris unter dem Namen Handels- und Industrie-Komitee (Torgprom). Ihre bedeutendsten Mitglieder sind: Rjabuschinski, Lianosow, Trefjakow und andere gestürzte Industriekönige, ungekrönte Herrscher des vorrevolutionären Rußland. Vor der Revolution war die russische Bourgeoisie engstens mit der französischen Bourgeoisie verbunden, sie arbeitete vornehmlich mit französischem Kapital, und die durch dieses politische und ökonomische Bündnis entstandenen Beziehungen blieben auch nach der Oktoberrevolution bestehen, wenn auch auf einer für die russische Bourgeoisie merklich veränderten Basis. Der französische Imperialismus benutzt jetzt die weißgardistische Emigration und deren Organisationen, um den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion zu bekämpfen, zu hemmen und niederzuhalten, wo ihm dies nur möglich ist, um so für den Fall eines Interventionskrieges ein desorganisiertes Hinterland vorzufinden.

Die NEP-Bourgeoisie — als aktive politische Kraft bedeutungslos

Auf welche sozialen Kräfte konnte sich das internationale Finanzkapital, vor allem der französische Imperialismus und die weißgardistische Emigration, in der Sowjetunion stützen? Auf die neue Bourgeoisie. Die Neue Oekonomische Politik, eingeführt von Lenin, gab gewisse Möglichkeiten zur Entwicklung einer neuen

Bourgeoisie. Wie Lenin selbst schrieb, bedeutete die NEP, daß die NEP-Leute unter gewissen Bedingungen zur ökonomischen Tätigkeit zugelassen wurden, aber eben nur unter gewissen Bedingungen. Heute liegt offen zutage, daß die internationale Bourgeoisie von der Einführung der NEP die Entartung der proletarischen Diktatur, eine kapitalistische Entwicklung erhoffte. Sie hat erwartet, daß die NEP ein stufenweises Abgleiten zum Kapitalismus mit sich bringen werde. Unter anderem erklärt auch dieser Umstand, daß nach der Einführung der NEP eine Reihe kapitalistischer Staaten die wirtschaftlichen und auch diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wiederherzustellen suchte. Die NEP war aber — wie Lenin ausdrücklich festlegte — nicht ein Rückzug schlechthin, sondern nur ein zeitweiliger Rückzug, der dazu dienen sollte, die Kräfte des Proletariats umzugruppieren, um erneut vorstoßen und zum Angriff übergehen zu können. Die NEP hatte eben zwei Seiten: einerseits ermöglichte sie die Belebung der inneren Warenzirkulation, andererseits ließ sie dem proletarischen Staat alle Möglichkeiten, diesen aufs neue angekurbelten Warenverkehr in seinem Sinne zu regulieren und eben auf der Basis der NEP den Angriff der sozialistischen Elemente auf die kapitalistischen Elemente der Wirtschaft vorzunehmen. Lenin stellte damals die Frage „Wer — wen?“; d. h. ob die auf Basis der NEP sich entwickelnden kapitalistischen Elemente der Wirtschaft den Sozialismus oder die sozialistischen Elemente den Kapitalismus schlagen werden. Er fügte hinzu, daß der Ausgang vom Kampf abhängt, durch Kampf entschieden werde. Die NEP bedeutete also nach Auffassung Lenins nicht nur einen Rückzug, wie manche rechte Opportunisten das auszulegen versuchten, sondern auch einen Angriff; dieser Angriff auf die kapitalistischen Elemente der Wirtschaft begann eigentlich schon 1922, als Lenin erklärte, daß der Rückzug beendet sei. In der Periode unmittelbar nach Einführung der NEP hat die Bourgeoisie auf dem Gebiete der industriellen Produktion nur einige unbedeutende Positionen erobern können; ihre Rolle auf dem Gebiete des Großhandels dagegen war eine viel größere. Es gab sogar Momente, wo die Bourgeoisie sehr bedeutende Teile des Kleinhandels in ihren Händen vereinigte. Die sozialistische Offensive jedoch, die 1927 einsetzte, hat der neuen Bourgeoisie alle diese Positionen wieder abgerungen, sie aus allen ihren Positionen verdrängt. Sie kontrollierte 1927 nicht mehr als 4,5 Prozent der industriellen Produktion, und heute hat sie keinerlei nennenswerte Positionen mehr inne.

Als eine aktive politische Kraft hat die NEP-Bourgeoisie nie

eine ernste Rolle gespielt. Diese Schicht wurde zur wirtschaftlichen Tätigkeit zugelassen, soweit die Bauernschaft an der Wiederherstellung der Marktverhältnisse interessiert war. Sie war, ohne jede politische Zielsetzung, ausschließlich auf die Vermehrung ihrer Gewinne eingestellt. Sie hoffte auf eine elementare, spontane Entartung der proletarischen Diktatur in kapitalistischer Richtung. Außerdem konzentrierte sich diese Schicht in den Städten, wo der vom Proletariat beherrschte Staatsapparat jederzeit die Möglichkeit hatte, mühelos ihr Treiben zu kontrollieren, und wo das Proletariat als solches eine erdrückende Übermacht gegenüber dieser dünnen NEP-Bourgeoisieschicht darstellte. Ihre ökonomischen Berechnungen gipfelten darin, sich wirtschaftlich zwischen der sozialistischen Industrie und der individuellen Bauernwirtschaft einzuschublen und so das Bündnis zwischen der sozialisierten Industrie und den ausschlaggebenden Bauernmassen mit Hilfe des Kulakentums zu vernichten. Diese Hoffnungen wurden aber durch die rasch einsetzenden und großen Erfolge der sozialistischen Industrie, des sich rapid entwickelnden Staats Handels und der immer stärker werdenden Genossenschaftsbewegung zerschlagen. Diese Schicht der NEP-Bourgeoisie konnte daher in den Plänen des internationalen Finanzkapitals keine große Rolle spielen.

Die „Industriepartei“ — die Partei der konterrevolutionären Intelligenz

Anders stand es mit der bürgerlichen Intelligenz. Diese stand der Oktoberrevolution vom ersten Tage an offen oder versteckt feindlich gegenüber, und ihre Sabotage in den Anfangsstadien der proletarischen Revolution war eines der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Rätemacht. Diese Sabotage wurde durch die proletarischen Massen schnell überwunden, indem sich das Proletariat seinen eigenen, neuen Staatsapparat schuf. Die Reste dieser bürgerlichen Intelligenz, die in diesem neuen Staatsapparat nach ihrer Kapitulation Verwendung fanden, spielten nur mehr eine untergeordnete Rolle. Das Bildungsmonopol der bürgerlichen Intelligenz auf dem Gebiete der Verwaltung konnte in einem Staate keine entscheidende Rolle spielen, von dem Lenin sagte, daß jede Köchin lernen müsse, den Staat zu regieren. Im Wesen des Sowjetsystems selber liegt es, jeden aufkommenden Bürokratismus zu bekämpfen und zu vernichten, und dieser Kampf wird mit aller Energie geführt. Gerade die Vertreter der ehemaligen bürgerlichen Intelligenz sind die gefährlichsten

Träger dieses Bürokratismus innerhalb des Staatsapparates, aber es wäre doch ein Fehler, ihre Rolle und Bedeutung in dieser Hinsicht zu überschätzen. Die rasch und erfolgreich vor sich gehende Kulturrevolution der Arbeiterklasse und — unter Führung der letzteren — auch der ausschlaggebenden Bauernmassen schafft bereits die Voraussetzung zur wirksamen Bekämpfung und Ueberwindung des Bürokratismus und zur Verdrängung und Ersetzung der ehemaligen bürgerlichen Intelligenz durch proletarische Elemente.

Nicht ganz so stand die Frage hinsichtlich der technischen Intelligenz und der Vertreter der exakten Wissenschaften. Hier ist ein großer Unterschied zwischen der Lage nach dem Siege der bürgerlichen und nach dem Siege der proletarischen Revolution vorhanden.

„Während die bürgerliche Revolution gegen den Feudalismus voraussetzt, daß im Schoße der feudalen Gesellschaftsordnung eine neue Klasse vorhanden ist, die ihrer kulturellen Reife nach höher steht als die herrschende Klasse und bereits unter dem Feudalismus der Hegemon des Wirtschaftslebens ist, entwickelt sich die proletarische Revolution unter anderen Bedingungen. Die Arbeiterklasse ist in der kapitalistischen Gesellschaft wirtschaftlich ausgebeutet, politisch unterdrückt und in kultureller Beziehung niedergehalten, erst in der Uebergangsperiode, erst nachdem sie die Staatsmacht ergriffen hat, kann sie das bürgerliche Bildungsmonopol brechen, sich alles Wissen zunutze machen und mit Hilfe ihrer Erfahrung bei der gewaltigen Aufbauarbeit ihr eigenes Wesen umgestalten“ (Programm der Komintern).

Die wirtschaftlich ausgebeutete, politisch unterdrückte und in kultureller Beziehung niedergehaltene Arbeiterklasse konnte also nicht sofort nach dem Siege der proletarischen Revolution das Bildungsmonopol der Bourgeoisie, und vor allem der bürgerlichen Intelligenz, auf dem Gebiete der Wissenschaft, Technik usw. brechen. Sie konnte dieses Bildungsmonopol vor allem auf dem Gebiete der technischen und abstrakten Wissenschaften nicht sofort brechen. So kam es, daß Lenin schon 1918 die Frage der Ausnutzung der bürgerlichen Spezialisten stellte. In dieser Periode war die Sabotage der bürgerlichen Intelligenz bereits gebrochen, und so waren die politischen Vorbedingungen für eine Ausnutzung der technischen und wissenschaftlichen Spezialisten gegeben. Selbstverständlich ließ Lenin keinen Augenblick die unbedingte Notwendigkeit proletarischer Kontrolle, klassenmäßiger Wachsamkeit und eines gesunden Mißtrauens der Arbeiterklasse aus dem Auge und betonte ständig diese Notwendigkeit. Die Partei hat daraufhin alles unternommen, um eine Differenzierung in die Reihen der technischen und wissenschaftlichen Spezialisten zu tragen und damit die besten und fortschrittlichsten Elemente auf die Seite der Arbeiterklasse herüberzuziehen. Und daß die Partei

auf diesem Gebiete auch bedeutende Erfolge erzielt hat, beweist die Tatsache, daß das konterrevolutionäre Ingenieurzentrum in seiner „Blütezeit“, daß die Industriepartei in ihren „besten Tagen“ von etwa 30 000 in der Sowjetindustrie beschäftigten Ingenieuren nur 2000 organisatorisch erfassen konnte. Andererseits darf nicht außer acht gelassen werden, daß diese Ausnutzung von Spezialisten aus der früheren bürgerlichen Intelligenz auch mit sich brachte, daß diese gewisse, nicht unwichtige Positionen auf ihrem Gebiete einnehmen konnten, wenn auch die politische Leitung und Kontrolle in Händen des proletarischen Staates blieb. Die Intelligenz — das braucht nicht erst betont zu werden — stellt keine Klasse oder Gesellschaftsschicht dar, diese technischen und wissenschaftlichen Spezialisten bilden sogar keine selbständige soziale Schicht, man könnte sie eher als eine Kaste bezeichnen. Die politische Bedeutung der Intelligenz innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft besteht darin, daß sie die Klasseninteressen jener Klasse und sozialen Schicht vertritt, in deren Diensten sie steht.

Und es ist kein Zufall, daß die Angeklagten im Moskauer Prozeß zwar von einer Diktatur der Ingenieure nach dem Sturz der proletarischen Macht träumten, selbst aber zugeben mußten, daß dies eben nur ein Traum war, und die Klügsten unter ihnen haben sehr wohl verstanden, daß die Lösung einer Diktatur der Ingenieure eben nur eine Agitations- und Propagandalosung zur Gewinnung der konterrevolutionär gestimmten Ingenieure war. Die politische Bedeutung der Intelligenz innerhalb des kapitalistischen Systems besteht u. a. auch darin, daß dieselbe oft viel empfindsamer, stärker und manchmal auch konsequenter die allgemeinen Klasseninteressen jener sozialen Schicht vertritt, in deren Diensten sie steht. Es ist auch kein Zufall, daß gerade Advokaten, Professoren, Wissenschaftler usw. innerhalb bürgerlicher Parteien eine so große Rolle spielen, und daß man dieselben die von der Finanzoligarchie bestimmte Politik vor den breiten Massen vertreten läßt.

Diese technischen und wissenschaftlichen Spezialisten waren naturgemäß aufs engste mit der russischen Bourgeoisie verbunden, und diese räumte ihnen eine wirtschaftlich bevorzugte Stellung ein. Wie die angeklagten Schädlinge selbst erklärten, kam für sie der Oktoberumsturz, die proletarische Diktatur als etwas Unerwartetes, Unverständliches, sie lösten die Verbindung mit ihrer früheren Klasse nicht, sie glaubten an keine sozialistische Entwicklung. Da ihnen die proletarische Revolution anfangs eine gewisse Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage brachte,

worauf diese Schicht wie jede bürgerliche Schicht sehr empfindlich reagierte, lehnten sie die proletarische Diktatur nicht nur politisch als Staatsform, sondern auch wirtschaftlich als ihren indirekten Auftraggeber durch die Sabotage in den Betrieben ab. In einem späteren Stadium der Revolution hat dann der proletarische Staat alles getan, um die wirtschaftliche Lage der Spezialisten zu heben, und die Partei hat auf den Rutschlag Lenins hin alle Anstrengungen gemacht, um diesen Spezialisten ein reibungsloseres Arbeiten in den Betrieben zu ermöglichen. Durch diese Politik wurde erreicht, daß eine bedeutende Schicht von technischen und wissenschaftlichen Spezialisten in den Sowjetapparat und den Produktionsprozeß eingereiht werden und ehrlich mit der Arbeiterklasse zusammenarbeiten konnte. Aber die Oberschicht dieser technischen und wissenschaftlichen Intelligenz blieb mit den ehemaligen Unternehmern des zaristischen Rußland in Verbindung, sie glaubte nicht an die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus. Während des Bürgerkrieges hoffte sie auf den Sieg der Konterrevolution und auf eine Intervention seitens des internationalen Kapitals, nach Einführung der NEP hoffte sie auf die allmähliche Entartung der proletarischen Diktatur in kapitalistischer Richtung; als sie dann alle diese Hoffnungen begraben mußte, stellte sie sich wiederum auf eine mögliche Intervention ein. Die internationale Bourgeoisie, hauptsächlich der französische Imperialismus, versuchte, mit Hilfe der weißgardistischen Emigration diese Schicht für ihre konterrevolutionären Absichten auszunutzen. Die Aussagen im Moskauer Prozeß zeigen klar, daß die ersten Verbindungen zwischen dem Handels- und Industriekomitee in Paris zu den Spitzen der technischen und wissenschaftlichen Spezialisten in Sowjetrußland auf persönlicher Grundlage, infolge alter persönlicher Beziehungen zustande kamen, sich dann später immer mehr festigten und organisatorische Formen annahmen, anfangs in Gestalt des Ingenieurzentrums, später dann in Gestalt der Industriepartei in der UdSSR.

Während in der ersten Periode nach dem Oktoberumsturz diese Spezialisten eine ganze Reihe von Sabotageakten verübten, bestand, nachdem diese Sabotage gebrochen war, der soziale Auftrag des Handels- und Industriekomitees für die Spitze dieser technischen und wissenschaftlichen Spezialisten in Rußland darin, die Betriebe in gutem Zustand zu erhalten, ja mit Sowjetmitteln möglichst weiter auszubauen und zu verbessern, immer noch in der Hoffnung, daß die ehemaligen Eigentümer zurückkehren würden. Auf dieser Basis entstand und entwickelte sich die **Industriepartei**.

Diese Spezialisten besaßen jedoch keinerlei Massenbasis und konnten eine solche auch nicht schaffen, selbst unter der ehemaligen bürgerlichen Intelligenz nicht. Auch unter den Ingenieuren konnten sie keinen Masseneinfluß erlangen, in ihren besten Zeiten konnten sie nur zirka 7 Prozent der Ingenieure erfassen.

Aber es gab und gibt teilweise auch heute noch eine andere soziale Schicht, die der Sowjetmacht und dem Sozialismus feindlich gegenübersteht und die eine größere innere Gefahr für die proletarische Diktatur darstellt — das Großbauerntum (die Kulaken).

Die „Werktätige Bauernpartei“ — die Partei der Kulaken

Die Einführung der NEP erfolgte zu dem Zweck, das wirtschaftliche und politische Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der ausschlaggebenden Masse der Bauernschaft zu stärken, sie sollte den Mittelbauer nicht nur neutralisieren, sondern auch als Verbündeten auf die Seite des Proletariats herüberziehen und ihn im Laufe der Entwicklung von der Ueberlegenheit sozialistischer Wirtschaftsweise gegenüber kapitalistischer Wirtschaftsform überzeugen. Die NEP war also kein Zugeständnis an den Kulak, wenn dieser auch auf der Grundlage der Warenwirtschaft aus der NEP gewisse Vorteile ziehen konnte. Warenwirtschaft erzeugt täglich, stündlich in großem Maßstabe Kapitalismus — sagte Lenin. Daher bestand die Politik der Partei in dieser Periode darin, die ausbeuterischen Tendenzen des Kulakentums so weit als möglich durch eine ganze Reihe von Maßnahmen zu begrenzen: durch angespannte Entwicklung des Genossenschaftswesens, durch die Preispolitik, durch die Ausnutzung der Kommandohöhen der sozialistischen Industrie, durch zweckmäßige Steuerpolitik (Befreiung der armen Bauern von der Steuer), durch Hebung der Individualwirtschaften der armen und Mittelbauern, durch Kooperation dieser Wirtschaften, durch Regelung der Bodenpacht, der Lohnarbeit in der Landwirtschaft usw. usw. Die Frage der Liquidierung des Kulakentums als Klasse jedoch konnte, da jede politische und ökonomische Voraussetzung dazu fehlte, in dieser Periode noch nicht gestellt werden. Und der große Fehler der sogenannten Leningrader Opposition (Sinowjew, Kamenew) auf dem 14. Parteitag der KPdSU bestand eben darin, daß sie diesen Umstand nicht begriffen hat. Auf der Grundlage der NEP — vor allem in den Jahren 1924/27 — wuchs der Kulak; die gute Ernte dieser Jahre hat diesen Wachstumsprozeß noch mehr gefördert. Infolge dieses Wachstums wurde diese Kulakenschicht, die während des Bürger-

krieges schwere Niederlagen erlitten hatte, auch politisch wieder aktiviert. Sie versuchte, in die Kooperativen einzudringen, sich in die Sowjets einzuschleichen, den Mittelbauer zu beeinflussen, im Dorfe neue wirtschaftliche und politische Positionen zu erobern.

Auf diese Schicht also konnten Bourgeoisie und weißgardistische Emigration rechnen — und sie rechneten auch gerade auf diese Schicht. Es war logisch und ökonomisch und politisch gegeben, daß das internationale Finanzkapital und seine Handlanger, die weißgardistische Konterrevolution, den Versuch unternahmen, diese Schicht politisch gegen die Rätewmacht auszunutzen, sie für den Fall einer Intervention als die wichtigste innere soziale Kraft gegen die Rätewmacht zu mobilisieren. Nur in diesem Zusammenhang wird es verständlich, warum die internationale Bourgeoisie in ein schreckliches Wutgehül ausbrach, als die KPdSU von der Politik der Begrenzung der ausbeuterischen Tendenzen des Kulakentums und der Verdrängung einzelner ihrer Abteilungen zur Politik der Vernichtung des Kulakentums als Klasse auf Basis der resitosen, vollkommenen Kollektivierung überging. Nur auf dieser Grundlage wird es verständlich, daß die internationale Bourgeoisie die Kollektivierung der Bauernwirtschaften in großem Umfange und die Schaffung großer Sowjetgüter mit solchem Wutgehül und mit äußerster Verschärfung des Kampfes gegen die Sowjetunion begleitet hat. Die Kapitalisten aller Länder verstanden nur zu gut, daß dies die Vernichtung der letzten ernsthaften sozialen Kraft, auf die sie im Kampf gegen die Rätewmacht bauen können, bedeutet.

Es ist daher auch kein Zufall, daß der erste Termin der beabsichtigten Intervention — 1928 — mit dem Zeitpunkt des Beginns der Liquidierung des Kulakentums zusammenfällt. Kein Zufall, daß der erste Interventionstermin mit dem Beginn der verstärkten Offensive gegen die kapitalistischen Elemente in der Sowjetwirtschaft zusammenfällt. Damit wurden auch die letzten Hoffnungen der internationalen Bourgeoisie und der weißgardistischen Emigration auf eine kapitalistische Entartung der Sowjetdiktatur vernichtet. Die Liquidierung des Kulakentums als Klasse, die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Schaffung großer Sowjetwirtschaften sowie die sozialistische Rekonstruktion der Landwirtschaft haben daher nicht nur eine innerpolitische, sondern auch internationale Bedeutung, auch in dem Sinn, daß die wichtigste soziale Kraft für eine konterrevolutionäre Intervention vernichtet wurde.

Es war nicht uninteressant, von den angeklagten Schädlingen

Im Moskauer Prozeß zu hören, daß in den Interventionsplan u. a. eingeschlossen war, in den entscheidenden Gebieten der Weizenproduktion — im Nordkaukasus, der Ukraine und vor allem den sogenannten Kosakengebieten — für den Fall einer Intervention konterrevolutionäre Aufstände zu organisieren. Die Imperialisten rechneten damit, daß durch diese konterrevolutionären Kosakenaufstände das Donezbecken von Moskau abgeschnitten werden könne. Diese Rechnung ging jedoch nicht auf, da gerade in diesen Gebieten die restlose Kollektivierung und die Liquidierung des Kulakentums als Klasse durchgeführt wurden. Anstatt eines konterrevolutionären Herdes zur Unterstützung interventionistischer Pläne haben wir in diesen Gebieten jetzt eine starke Stütze der Sowjetmacht in Gestalt kräftiger Kollektivwirtschaften.

Da das internationale Finanzkapital das Kulakentum als die wichtigste soziale Schicht für seine Pläne ansah, war es nur logisch, daß sich auch eine sogenannte **Werk t ä t i g e B a u e r n p a r t e i** unter Führung Professor Kondratjews, Tschajanowa u. a. bildete, deren Führer aus der bürgerlichen Intelligenz hervorgegangen sind. Diese Partei stand in engster Verbindung mit der Industriepartei; während einerseits die Industriepartei in unmittelbarer Verbindung mit dem Handels- und Industriekomitee in Paris stand, bestand andererseits zwischen Werk t ä t i g e B a u e r n p a r t e i und den emigrierten Kadetten und Sozialrevolutionären eine enge Verbindung, was natürlich nicht ausschließt, daß sie ebenfalls eine Verbindung zu dem in Paris befindlichen Handels- und Industriekomitee besaß. Aus den Aussagen Professor Kondratjews und Tschajanows geht hervor, daß diese Organisation weitverzweigte internationale Verbindungen hatte, daß sie ihre internationalen wissenschaftlichen Beziehungen dazu ausnutzte, um mit dem internationalen Finanzkapital in Verbindung zu kommen. Interessant ist ferner, daß auch diese sogenannte **Werk t ä t i g e B a u e r n p a r t e i** sich der Illusion hingab, im Falle des Sieges der Konterrevolution eine selbständige Rolle spielen zu können. Die Industriepartei hatte zu gleicher Zeit jedoch beschlossen, dieser Bauernpartei im Falle einer Intervention keine oder höchstens ganz minimale Machtpositionen — und zwar das Portefeuille des Ministers für Landwirtschaft — einzuräumen. Die Partei der Großbourgeoisie wollte also der Kulakenpartei keine selbständige, zumindest keine entscheidende Rolle zugestehen; das Kulakentum sollte in dieser Aktion für die Großbourgeoisie gewissermaßen als Kanonenfutter dienen. Auch diese konterrevolutionäre Verschwörung hat nur von neuem bewiesen, daß die Bauernschaft keinerlei selbständige Rolle in der Revolution und das Kulakentum keine

selbständige Rolle in einem konterrevolutionären Umsturz spielen kann. Nur unter Führung des Proletariats konnten die ausschlaggebenden Bauernmassen in der Revolution eine Rolle spielen.

Erwähnenswert und charakteristisch ist, daß diese Kulakenpartei — wie dies von einem Führer dieser Partei, dem als Zeugen vernommenen Finanzspezialisten Jurowski, mitgeteilt wurde — von dem Handels- und Industriekomitee in Paris durch die Industriepartei finanzielle Unterstützung erhielt.

Die „Arbeiterpartei“ der Konterrevolution

Die dritte Gruppe, auf die sich die internationale Konterrevolution und die weißgardistische Emigration glaubte stützen zu können, waren die Menschewisten Gromann, Suchanow, Basarow und andere bekannte Menschewisten „von Ruf“. Diese bildeten eine menschwistische Gruppe, die jene Aufgaben erfüllen sollte, die der internationale Menschewismus überall vollbringt; sie sollten als Agentur der Konterrevolution im Lager der Arbeiterklasse dienen, sie sollten die „Arbeiterpartei“ der Konterrevolution abgeben. Dabei ist besonders interessant, daß dieser Gruppe kein einziger Arbeiter angehört und daß sie auch sonst keinerlei Verbindung mit der Arbeiterklasse hat, ja, daß sie nicht einmal versucht hat, eine solche Verbindung herzustellen. Einer der Führer dieser Gruppe, Gromann, hat selbst erklärt, daß sie das Kulakentum als die einzige aktive soziale Kraft ansahen, auf die man sich im Kampfe gegen die Rätemacht stützen konnte. Diese Gruppe rekrutierte ihre Anhänger ausschließlich aus den Reihen der Intelligenz und bestand eigentlich aus Spezialisten, Oekonomen, Wissenschaftlern usw., die im Sowjetapparat tätig waren und wichtige Positionen einnahmen. Wichtig dabei ist, daß diese sogenannte Arbeiterpartei der Konterrevolution in engster Verbindung mit der konterrevolutionären Kulakenpartei von Professor Kondratjew, Tschajanow usw. stand. Es ist für das Schicksal und die Rolle des Menschewismus sehr bezeichnend, daß die Gromann-Suchanow-Gruppe ebenfalls durch Vermittlung der Industriepartei von dem Pariser weißgardistischen Handels- und Industriekomitee finanzielle Mittel erhielt. Diese „Arbeiterpartei“ der Konterrevolution empfand also keinerlei Gewissensbisse, sich von den ehemaligen russischen Industriellen finanzieren zu lassen. Der Finanzspezialist und in Aussicht genommene Finanzminister der Kulakenpartei, Jurowski, hat darüber im Moskauer Prozeß nicht ohne Ironie ausgesagt. Bezeichnend ist ferner, daß die Gromann-Suchanow-Basarow-Gruppe sich nicht scheute, dem französischen Generalstab Spionagedienste zu leisten, indem Gromann vertrauliche

Berichte über die Lage der Industrie an das Mitglied der Industriepartei Osadschtschi zur Weiterleitung an den französischen Generalstab durch die sich in Moskau aufhaltenden Geheimagenten der französischen Regierung, die berüchtigten Herren K. und R., abließerte. Zuhälter der weißgardistischen Emigration und Agenten des französischen Generalstabes — das war die ruhmvolle Rolle des russischen Menschewismus. Da diese sogenannte „Arbeiterpartei“ im Dienste der Konterrevolution jedoch keinerlei Verbindung mit der Arbeiterklasse hatte und naturgemäß nicht haben konnte, da sie es nicht wagen konnte, mit offenem Visier den proletarischen Massen entgegenzutreten und somit keinerlei Massenbasis hatte, war ihre Handlungserolle in diesem konterrevolutionären Unternehmen nur zu verständlich.

Auf diese drei politischen Gruppierungen innerhalb der Sowjetunion stütze sich also die internationale Konterrevolution.

Wie die Industriepartei „arbeitete“

Welche Methoden wandten nun diese im Dienste des internationalen Imperialismus, vor allem des kriegslüsternden französischen Imperialismus, stehenden konterrevolutionären Gruppierungen innerhalb der Sowjetunion an? Welche neuen Methoden des Klassenkampfes wurden von ihnen benutzt, um die Rätemacht zu stürzen? Auch hierüber hat der Moskauer Prozeß interessante und für das gesamte internationale Proletariat lehrreiche Aufklärung gegeben, indem er die illegalen Kampfmethoden einer historisch zum Tode verurteilten Klasse bloßlegte. Die Anhänger der Industriepartei versuchten, das System des planmäßigen sozialistischen Aufbaues der Sowjetwirtschaft, dem auch der aufgestellte Fünfjahresplan dient, den die gesamte Arbeiterklasse Sowjetrußlands unter Führung ihrer kommunistischen Partei in möglichst schnellem Tempo durchzuführen gewillt ist, für ihre konterrevolutionären Zwecke auszunutzen. Sie setzten alles daran, um durch die verschiedensten Sabotageakte das Tempo der Industrialisierung des Landes zu hemmen, die Erfüllung des Fünfjahresplanes in vier Jahren, die sich das Proletariat der Sowjetunion zum Ziele gesetzt hat, zunichte zu machen und darüber hinaus durch Aufstellung vollkommen unzumutbarer, undurchführbarer Pläne Krisen und Unruhen im Lande hervorzurufen. In der ersten Periode hat das Zentralkomitee der Industriepartei zur Erreichung dieses Zieles allen seinen Anhängern die Weisung gegeben, *Minimalprogramme* aufzustellen, Programme, die dem Entwicklungstempo der Sowjetindustrie absolut nicht gerecht werden und nur darauf gerichtet sind, diese Entwicklung zu hem-

men. In dem „Fünfjahrplan“ der Schädlinge war z. B. zum Abschluß des Fünfjahresplanes eine Ausbeute des Kusnez-Kohlenbeckens von 6 Millionen Tonnen vorgesehen, während nach dem gegenwärtigen Plan, dessen „Korrektur“ durch die Kontrolle und Initiative der Massen erfolgte, deren eiserner Wille die Erfüllung dieses Fünfjahresplanes erzwingen wird, die Ausbeute für das Jahr 1932/33 auf 19 Millionen Tonnen festgesetzt wurde. Für das Kohlenbecken bei Moskau wurde von den Schädlingen eine Ausbeute von 4 Millionen Tonnen festgelegt, während es sich herausstellte, daß mit einer Ausbeute von 10 Millionen Tonnen gerechnet werden kann. Ebenso konnte im Plan für das Donezbecken die Ziffer von 50 Millionen auf 75 Millionen Tonnen heraufgesetzt werden. In der Metallindustrie wurde nach Aussage Ramsins anfänglich eine jährliche Produktion von 5 bis 6, dann 8 bis 10 Millionen Tonnen Gußeisen vorgesehen, während das zuletzt aufgestellte Projekt fast das Doppelte, und zwar 17 Millionen Tonnen, vorsah. Dasselbe Spiel wurde in allen anderen Industriezweigen getrieben, wobei ihnen das Auftreten der Opposition, die ebenfalls für die Verlangsamung dieses Tempos eintrat, sehr zustatten kam und eine große Hilfe darstellte. Sie unterstützten daher auch, wo sie nur konnten, diese rechten Tendenzen, und da dies infolge ihres nicht vorhandenen Masseneinflusses auf politischem Boden nicht möglich war, lieferten sie die wissenschaftlichen und ökonomischen Argumente für diese minimalistischen Pläne. Sie popularisierten die politischen Lösungen der rechten Opposition in den Kreisen der Ingenieure, Spezialisten und Wissenschaftler. Und so entstand die eigenartige Lage, daß Fedotow, ein Mitglied der Kadettenpartei, im Moskauer Prozeß erklären konnte, daß die Industriepartei in der Frage des Tempos der Industrialisierung im großen und ganzen mit der rechten Opposition einverstanden war.

Als die Schädlinge sahen, daß ihnen durch die einsetzenden Erfolge des ersten Ablaufes des Fünfjahresplanes ein Strich durch die Rechnung gemacht wurde, führten sie von Ende 1929 bis Anfang 1930 eine scharfe taktische Wendung durch und gingen zur Aufstellung von Maximalplänen über. Dadurch sollte erreicht werden, daß große Kapitalien möglichst lange nutzlos oder nur mit minimalem Effekt in Unternehmungen investiert wurden und so finanzielle Schwierigkeiten, Disproporzen in den Produktionsplänen der einzelnen Industriezweige, mit einem Worte Krisen hervorgerufen wurden. Auch hierbei wurden sie durch die „linke“ Opposition innerhalb der KPdSU ideologisch unterstützt. So wurde beispielsweise in der Textilindustrie eine Verdoppelung der festgesetzten Produktionsziffer für Flachs in 2 Jahren vorgeschlagen, was

weder technisch noch hinsichtlich der Heranbildung der Arbeitskräfte und herrzustellenden Neubauten möglich ist. Als die Kulakenpartei zu der Überzeugung kam, daß sie auch den Prozeß der Massenkollektivierung der Bauerwirtschaften nicht aufhalten konnte, sah sie keinen anderen „Ausweg“, als jetzt für die unbedingte, sofortige hundertprozentige Kollektivierung einzutreten, um auf diese Weise ihre Pflicht gegenüber der Konterrevolution zu erfüllen. Tschajanow war hierbei einer der eifrigsten Verfechter dieser Idee.

Die Sowjetwirtschaft ist auf dem Prinzip der planmäßigen Leitung der Wirtschaft aufgebaut. Wenn das Gleichgewicht unter den verschiedenen Produktionszweigen im Kapitalismus nur durch die Konkurrenz, nur durch den Markt, nur durch die großen Zerstörungen der Krisen in immer kürzeren Zeitläuften und nur auf labile Weise hergestellt werden kann, wenn der ganze Prozeß der kapitalistischen Produktion nur unter diesen ständigen Störungen des Gleichgewichtes der Wirtschaft vor sich gehen kann, so ist die sozialistische Planwirtschaft darauf eingestellt und in der Lage, die Proportion, das Gleichgewicht unter den verschiedenen Produktionszweigen zu sichern. Demgegenüber und infolgedessen bestand die Politik und Taktik der Schädlinge darin, planmäßige Disproportionen unter den einzelnen Produktionszweigen und sogar innerhalb einzelner Produktionszweige und Betriebe hervorzurufen. Sie waren bestrebt, die Schlüsselindustrien — Metall, Kohle, Naphtha — in ihrer Entwicklung zurückzuhalten und dadurch auch die Entwicklung der anderen Industriezweige — vor allem Textil- und Chemieindustrie — aufzuhalten. Sie versuchten, das Transportwesen zu sabotieren, um dadurch die gesamte Wirtschaft zu desorganisieren und es 1930 zu einer Krise kommen zu lassen. Sie versuchten, Betriebe zu bauen, deren Rohstoffversorgung nicht gesichert war. Sie machten alle Anstrengungen, um der sozialistischen Planwirtschaft Planlosigkeit, Disproportion, Desorganisation entgegenzustellen. Sie hatten den Plan, eine ungeheure Disproportion zwischen Industrie und Landwirtschaft hervorzurufen und die Produktion derjenigen landwirtschaftlichen Rohstoffe zu sabotieren, die gerade für die Entwicklung der wichtigsten Industriezweige ausschlaggebend waren.

Die Hauptaufmerksamkeit widmeten die Schädlinge aber, wie bereits erwähnt, den Schlüsselindustrien — der Metallindustrie, dem Kohlenbergbau, der Naphthaproduktion —, indem sie die Erschließung neuer Schichten verhinderten, die Mechanisierung der Kohlen- und Eisenerzförderung sabotierten — wie dies bereits der Schachty-Prozeß aufdeckte — und gleichzeitig auch die Ener-

getik in ihrem Sinne zu beeinflussen versuchten. Sie versuchten, den Bau neuer Kraftzentralen zu verhindern oder, wenn dies mißlang, deren Bau so teuer als möglich zu gestalten. Sie versuchten, die Standorte wichtiger Betriebe und Kraftzentralen in solche Grenzgebiete zu verlegen und so aufzubauen, daß sie im Falle einer Intervention einerseits möglichst rasch vom Feinde besetzt, leicht auf die Produktion der Kriegsindustrie umgestellt, in Flugzeughallen umgewandelt, andererseits die Kraftzentralen zerstört und so die Industrien lahmgelegt werden konnten. Ferner beachteten sie in den Grenzgebieten die Trockenlegung der Sumpfgewässern, um den raschen Einmarsch der feindlichen Truppen zu ermöglichen.

Die Schädlinge waren weiter bestrebt, die Abhängigkeit der Sowjetwirtschaft von der kapitalistischen Umwelt zu steigern, indem sie die Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln in der Sowjetunion zu hemmen versuchten. Sie haben alles getan, um den Maschinenbau zu sabotieren, u. a. auch den Bau von Textilmaschinen, und unnötige Bestellungen von Maschinen an das Ausland zu vergeben — wobei sie auch nur zu gern Schmiergelder in ihre Taschen wandern ließen —, um dadurch die Goldreserven der Sowjetunion in übersteigertem Maße zu verringern, teilweise versuchten sie auch, durch bewußt falsche und unzweckmäßige Bestellungen von Maschinen Valutasummen unnützerweise zu vergeuden und so im Lande eine Finanzkrise herbeizuführen. Ramsin und Laritschew machten gleich den anderen Schädlingen vor dem Moskauer Gericht die Aussage, daß Poincaré auf die Forcierung und Beschleunigung dieser Schädigungsarbeit drängte, um die für eine Intervention notwendige ökonomische Krise zu schaffen; Ossadschi sagte aus, wie ihm von dem Vertreter des Handels- und Industriekomitees auf seiner Durchreise in Berlin Vorhaltungen gemacht worden seien, daß sie zwar Millionen in die Tasche gesteckt, aber im Lande bisher nichts ausgerichtet hätten, daß man für das Jahr 1931 Garantien fordere, damit die neuen Millionen nicht wieder nur hinausgeworfen würden, sondern die Forcierung und Vertiefung von Krisen ernsthaft in Angriff genommen werde.

Aber damit erschöpfte sich die Tätigkeit der Lakaien des französischen Imperialismus nicht; es waren ihnen außerdem ganz bestimmte Spezialaufgaben für den Fall einer militärischen Intervention aufgetragen, und zwar:

1. Ueber die Lage in der Sowjetindustrie im allgemeinen und in der Kriegsindustrie im besonderen den französischen Generalstab laufend zu informieren. Diese Berichte wurden durch die

Mitglieder der Industriepartei, die zum großen Teil in der staatlichen Planwirtschaftsabteilung (Gosplan) tätig waren, verfaßt, u. a. von dem Menschewisten Gromann.

2. Diversionsakte vorzubereiten. Das Ziel war, für den Fall eines Krieges die wichtigsten Betriebe (besonders in der Heizstoff-, Metall- und Chemieindustrie) sofort stillzulegen. Da die Schädlinge sehr wohl wußten, daß die Zerstörung einzelner Objekte in einzelnen Betrieben an der Wachsamkeit und Kontrolle der Arbeiter scheitern würde und ein solches Unternehmen mit großem Risiko verbunden wäre, war ihre gesamte Tätigkeit darauf eingestellt, die wichtigsten Kraftwerke im Falle eines Krieges zu zerstören und dadurch ganze Industriezweige stillzulegen.

3. Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Schädlinge auch dem Transportwesen. Sie versuchten, bis zum Jahre 1930 — dem Termin der Intervention — den Lokomotiven- und Wagenpark der russischen Eisenbahn so weit wie möglich zugrunde zu richten, sie schlugen den Bau von ganz besonders schweren Lokomotiven vor, die für die russischen Eisenbahnbrücken eine zu große Belastung bedeutet und den Umbau der wichtigsten Eisenbahnbrücken nötig gemacht hätten. Ferner versuchten sie, die Mechanisierung des Lastkraftwagenverkehrs und der Lastenein- und -ausladung zu verhindern, um dadurch ständige Stockungen und eine unwirtschaftliche Ausnutzung des Wagenparkes hervorzurufen.

4. Neben allen diesen Maßnahmen war die Industriepartei darauf bedacht, die Kapitalinvestition in solche Bahnen zu lenken, die nur eine minimale effektive Ausnutzung gestatteten und die Kapitalien auf lange Zeit ganz unnütz lahmlegten.

5. Die Schädlinge wußten selbstverständlich sehr gut, daß der moderne Krieg auch ein Krieg der Industrie ist. Die industrielle Kriegsberetschaft eines Staates ist für den modernen Krieg fast ebenso wichtig wie die militärische Beretschaft im engeren Sinne des Wortes. Daher versuchten die Mitglieder der Industriepartei, die Mobilisierungspläne der Sowjetindustrie — vor allem der Metall- und der chemischen Industrie — auszusponieren und durch die liebenswürdige Vermittlung der Herren K. und R. dem französischen Generalstab zur Verfügung zu stellen.

6. Schließlich versuchten die Schädlinge, auch in der Roten Armee, vor allem unter den Spezialisten, Verbindungen zu bekommen und ihre Schädigungs- und Spionagerellen dort aufzubauen. Gerade diese Bestrebungen sind aber vollkommen fruchtlos geblieben.

Man sieht also, die gesamte Politik und Taktik der Industriepartei war darauf gerichtet, gerade die Planmäßigkeit der Sowjetwirtschaft auszunutzen, um dieselbe zu einer planlosen, zu Krisen führenden zu gestalten.

Die Tätigkeit der Industriepartei auf dem Gebiete der Industrie und des Transportwesens war mit der Tätigkeit der Kulakenpartei Kondratjew-Tschajanows in der Landwirtschaft aufs engste verknüpft, sie ergänzten sich gegenseitig.

Die Pläne der Kulakenpartei

Worin bestand die Politik der Kulakenpartei, der sogenannten Werktätigen Bauernpartei? Während die Politik der Kommunistischen Partei auf die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, d. h. die Kollektivierung der armen und mittleren Bauernwirtschaften, die Schaffung von staatlichen landwirtschaftlichen Betrieben (Sowchosen) und die Industrialisierung dieser Landwirtschaft gerichtet war, war die Kulakenpartei bestrebt, diese Pläne zu durchkreuzen; zu diesem Zweck hat sie folgende Maßnahmen durchgeführt bzw. versucht durchzuführen:

Sie versuchte, auf ideologischem, politischem und wissenschaftlichem Gebiete die Notwendigkeit der Beibehaltung und Hebung der kräftigen individuellen Bauernwirtschaften zu beweisen. Die Vertreter dieser Partei, Kondratjew, Tschajanow, Melinzew, Makarow usw. nutzten alle legalen Möglichkeiten aus, um diesen Standpunkt zu vertreten, sie entfalteten eine umfangreiche literarische Tätigkeit zu diesem Zweck, um unter der Maske des Neo-Narodnikismus zu beweisen, daß in der Landwirtschaft die individuelle Bauernwirtschaft entwicklungsfähiger, produktiver sei als der landwirtschaftliche Großbetrieb, daß die besonderen Verhältnisse und Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion der Sowjetunion die Entwicklung und Förderung der Kulakenwirtschaften notwendig machen, daß die Industrie, sogar die sozialistische Industrie, nur durch die starken Kulakenwirtschaften mit Rohstoffen beliefert werden kann, daß die Städte, sogar die sozialistischen Städte, daß die Armee, sogar die Rote Armee, nur durch die starken, entwicklungsfähigen Kulakenwirtschaften in ausreichender Weise mit Lebensmitteln versorgt werden können. Sie waren bestrebt, zu beweisen, daß nur die starken, individuellen Bauernwirtschaften in der Lage sind, einen größeren Markt für die Produktion der sozialistischen Industrie abzugeben.

Da sie die Politik der Partei selbst nicht beeinflussen konnten, waren sie bestrebt, ihre administrativen und wissenschaftlichen Positionen innerhalb des Staatsapparates, in den landwirtschaft-

lichen Hochschulen, dazu auszunutzen, überall ihren Kulaken einfluß auszuüben. Sie wollten die Kredit- und Preispolitik der Sowjetmacht so gestaltet sehen, daß sie der Entwicklung der Kulakenwirtschaften förderlich sei. Sie versuchten, den Kulaken Tür und Tor zum Eintritt in die Genossenschaften zu öffnen, sie wandten sich gegen die Kollektivierung und gegen die staatlichen landwirtschaftlichen Betriebe, sie taten alles, um unter den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft Disproportion zu verursachen, die Entwicklung der technischen Kulturen, die die Sowjetindustrie mit Rohstoffen beliefern sollen, zu hemmen und andererseits selbstverständlich die Erstarbung des Kulakentums im Dorfe zu fördern.

Bei allen diesen Bestrebungen hat die Kulakenpartei große Hoffnungen auch auf die rechte Opposition innerhalb der KPdSU gesetzt, und die Aussagen von Kondratjew, Tschajanow, Jurowski usw. beweisen, daß diese konterrevolutionäre Bande sogar darauf spekuliert hat, im Falle einer inneren Krise, im Falle von Bauernunruhen und des Sturzes der Sowjetmacht eine Art Koalitionsregierung unter Hinzuziehung des rechten Flügels der Kommunistischen Partei zu bilden, wobei selbstverständlich eine solche Koalitionsregierung nur den Uebergang zur uningeschränkten konterrevolutionären Diktatur bedeutete. Wenn jemals, so im Falle der Kulakenpartei, wurde sonnenklar erwiesen, daß die sozialen Wurzeln der rechten Opposition im Kulakentum zu suchen sind.

Aber die Kulakenpartei selbst hatte ihre besonderen, eigenen Aufgaben für den Fall einer Intervention; sie sollte Bauernunruhen und Aufstände organisieren, um so die Widerstandskraft der Roten Armee zu lähmen; daß in diesem Zusammenhang auch Verbindung mit der Roten Armee gesucht wurde, ist selbstverständlich. Die menschenwische Gruppe von Gromann, Basarow, Suchanow stand im engsten Kontakt mit der Kulakenpartei Kondratjews und Tschajanows. Die Kulakenpartei hatte ferner auch Verbindung mit den Schädlingen im Apparat der Lebensmittelbelieferung, mit dem Ziel, Schwierigkeiten und Krisen in der Lebensmittelbelieferung der großen Städte und der Roten Armee zu organisieren. Eine Blockade innerhalb des Landes sollte die Blockade der Imperialisten unterstützen. Ihre Bestrebungen waren darauf gerichtet, die Entwicklung der Konserven-, Gefrierfleisch-, Fisch- und Gemüseindustrie zu hemmen, zu desorganisieren, Lebensmittelvorräte verfaulen oder an ungeeignete Plätze transportieren zu lassen.

Wenn man all das zusammenfaßt, kann man die Strategie und

Taktik aller Konterrevolutionären Organisationen folgendermaßen charakterisieren:

Sie waren bestrebt:

1. eine Wirtschaftskrise hervorzurufen;
2. für den Fall einer Intervention die Kriegsindustrie lahmzulegen;
3. das Transportwesen zu desorganisieren;
4. die Lebensmittelversorgung der Städte und der Roten Armee zu sabotieren;
5. durch Diversionsakte Unruhen und Aufstände hervorzurufen.

Mit einem Wort: die Sowjetunion durch alle diese Maßnahmen vor den Armeen der räuberischen Eindringlinge zu entwarnen, der Roten Armee im geeigneten Moment in den Rücken zu fallen und auf Kosten von Millionen von Menschenleben den kapitalistischen Großgrundbesitzern und konterrevolutionären Gewalthabern den Weg nach Moskau und Leningrad freizumachen, — das war ihr Plan.

Das Programm der Konterrevolution

Wie sah das politische Programm der Konterrevolution aus? Ihr Hauptziel war selbstverständlich der Sturz der proletarischen Diktatur und an deren Stelle die Errichtung — im ersten Stadium — einer bürgerlich-demokratischen Regierung, die vorerst durch eine Militärdiktatur „gesichert“ werden sollte. Diese Militärdiktatur hätte die Entwarnung der Arbeiterklasse, die Vernichtung sämtlicher Arbeiterorganisationen, die Erstückung aller Revolutionären und Fortschrittliehen in der Arbeiterklasse und der Bauernschaft und die physische Vernichtung aller Revolutionäre bedeutet. Die Führer der Industrie- und der Kulakenpartei haben hierbei kaltblütig die Möglichkeit eines ungeheuerlichen Blutbades, ungeheimmester Judenpogrome, grausamster Niedermetzlung von Hunderttausenden und Millionen von Menschen in Rechnung gezogen.

Auf wirtschaftlichem Gebiete sollte selbstverständlich die kapitalistische Produktionsweise wieder eingeführt werden. Dies sollte folgendermaßen vor sich gehen:

a) Auf landwirtschaftlichem Gebiet. Die Kulaken-, die Industriepartei und die menschwistische Gruppe haben verstanden, daß es unmöglich sein wird, der Bauernschaft den Boden wieder wegzunehmen, den sie durch die Oktoberrevolution erhalten hat. Man beabsichtigte daher, die Kollektivwirtschaften und Sowchose zu

vernichten, die individuellen Bauernwirtschaften wieder ins Leben zu rufen und eine starke Kulakenschicht als die verlässlichste Stütze der Konterrevolution heranzubilden.

b) Auf industriellem Gebiet. Diejenigen Betriebe, deren Zustand der gleiche geblieben ist wie vor der Machtergreifung durch das Proletariat, sollten den früheren Besitzern nebst einer entsprechenden Kompensation für den entgangenen Gewinnverlust in den verfloßenen 13 Jahren proletarischer Diktatur zurückgegeben werden. Diejenigen Betriebe, die im Laufe der sozialistischen Rekonstruktion einer bedeutenden Erweiterung und Reorganisierung unterworfen worden sind, wie auch die neu erbauten Unternehmungen, sollten zu Aktiengesellschaften vereinigt, deren ehemalige Besitzer durch einen entsprechenden Aktienanteil abgefunden und der restliche Aktienbesitz für allgemein staatliche Zwecke und Abfindung der Großgrundbesitzer für den konfiszieren Boden verwandt werden. Die Industrie- und Kulakenpartei und anscheinend auch die Menschwisten hatten also eine Entschädigung der früheren feudalen bzw. halbfeudalen Großgrundbesitzer mit in Betracht gezogen. Diese Riesensummen hätten selbstverständlich Arbeiterklasse und Bauernschaft durch unerträgliche Steuerlasten aufbringen müssen — was diese Helden einer kapitalistischen Restauration wohlweislich in ihrem Programm verschwiegen. Es unterliegt fernerhin keinem Zweifel, daß diese vom ausländischen Kapital ausgehaltenen Patrioten die Schulden des zaristischen Rußlands, sämtliche Kriegs- und Kerenskischulden anerkannt und sich auf diese Weise — natürlich auf Kosten des Proletariats und der Bauernschaft — als gehorsame Kapitalsknechte erwiesen hätten. Diese „Gestalter eines neuen Rußland“ geniernten sich auch nicht, den ausländischen Kapitalisten im vorhinein eine ganze Reihe wichtiger Produktionsstätten zur Ausbeutung zu überlassen, wie dies aus den Verhandlungen der Vertreter des Handels- und Industriekomitees mit französischen Kapitalisten, mit Deterding, Urquhart usw., hervorgeht. Der Sieg dieser konterrevolutionären Bande hätte also den jetzt mit Riesenschritten hin in sozialistischer Richtung entwickelnden freien Arbeiterstaat mit einem Schlage in eine Kolonie des ausländischen Kapitals verwandelt — ein wahrhaft ehrendes Ziel für diese „Patrioten“, die Rußland vor dem Untergang glauben retten zu müssen, für das man aber allerdings keine Massen, nicht die mit klassenkämpferischem Geist besetzten Massen der Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion gewinnen konnte.

Aber nicht genug damit. Zum Zwecke der Intervention hätten die Armeen Rumäniens, Polens, der baltischen Randstaaten, evtl.

der Tschechoslowakei mobilisiert und in den Krieg geführt werden müssen. Frankreich hätte die Finanzierung und Belieferung mit Kriegsmaterial übernommen. Da dies selbstverständlich nicht aus purer Menschenliebe, sondern den kaltblütigsten räuberischen imperialistischen Berechnungen geschehen wäre, hätten diese Staaten auch bereits ihre territorialen Ansprüche geltend gemacht und zugestellt erhalten. Rumänien reflektierte darauf, Südrußland bis Odessa herunter zu besetzen; Polen prädierte auf die Ukraine rechts des Dnjepr, Finnland beanspruchte Ingermanland und Karelien, und auch über die Abtrennung von Georgien, Armenien, Aserbeidschan usw. wurde gesprochen. Der Sieg der Konterrevolution hätte also nicht nur die Umwandlung Rußlands in eine Kolonie des internationalen Finanzkapitals, sondern auch eine territoriale Zerstückelung des Landes bedeutet — worauf eben die „Vaterlandsretter“ des Handels- und Industriekomitees, wie auch die Herren Miljukow, Dan und Kerenski spekulierten.

Über diese Pläne wurden lange Verhandlungen zwischen dem Handels- und Industriekomitee in Paris, der Industriepartei in der UdSSR und den ausländischen imperialistischen Reflektanten gepflogen, wobei natürlich auch sofort sämtliche imperialistischen Interessengensätze hervortraten. Mit dieser „Perspektive“ haben aber auch die Kulakenpartei und die Menschewisten gerechnet.

Dies waren die sozialen Kräfte, auf die die Konterrevolution sich glaubte stützen zu können, und die Methoden, die sie zur Erreichung dieses Zieles anwandte, dies war das wirtschaftliche und politische Programm der Konterrevolution und ihrer Handhanger.

Die konterrevolutionären Kräfte innerhalb der Sowjetunion spielten zwar kurze Zeit mit dem Gedanken, ohne Unterstützung durch eine Intervention der Imperialisten den Sturz der Sowjetmacht durchzuführen, es stellte sich jedoch bald heraus, daß diese Kräfte, wie auch die Kräfte der weißgardistischen Emigration ohne direkte militärische Unterstützung der Imperialisten dieses Ziel niemals erreichen konnten. Die hauptsächlichste Triebkraft der militärischen Intervention wurde Frankreich, das dann auch alles tat, um diese Intervention mit allen Kräften vorzubereiten. Zwar leugnen die Herren Poincaré-la-guerre und Briand ab, jemals interventionistische Gedanken gegenüber Sowjetrußland gehabt zu haben, zwar möchte Herr Poincaré beweisen, daß er schon früher gegen die Anerkennung Wrangels war, er vergißt dabei nur, daß er sich für die Unterstützung Wrangels ohne Anerkennung ausgesprochen hat. Briand hat mit heuchlerischer Miene

In der Kammer sogar erklärt, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland korrekt seien. Die Vertreter des französischen Kapitals und der französischen Regierung bemühen sich mit verdächtigem Eifer, eine Verbindung mit dem russischen Handels- und Industriekomitee abzuleugnen; das Handels- und Industriekomitee erklärt, daß ihm von irgendwelchen Zusammenkünften und Verhandlungen mit Vertretern der Industriepartei nichts bekannt sei, was es aber nicht hindert, in gleichem Atemzug zu erklären, daß es den „Kampf gegen die Sowjetmacht unermüdlich weiterführen, der öffentlichen Meinung der Kulturwelt den wahren Sinn der sich in Rußland abspielenden Geschehnisse klarmachen und für die Wiedereinführung von Recht und Freiheit in der Heimat kämpfen wird“. Dies aber sind die eigentlichen Drahtzieher, die wahren Organisatoren der Intervention, die vor allem auf die Anklagebank gehören und die jetzt versuchen, die Tatsachen, die eine härtere Sprache sprechen, durch diplomatische Erklärungen aus der Welt zu schaffen und sie als Hirngespinnste hinzustellen.

Die Vorbereitung der Imperialisten

Was sagen die Tatsachen? Alle Angeklagten haben einmütig erklärt, daß als erster Interventionstermin das Jahr 1928 vorgesehen war, nach weiteren Verhandlungen wurde dann als viel bestimmter Termin das Jahr 1930 in Aussicht genommen. Als sich jedoch — nach der Aussage Ramsins — herausstellte, daß „beide Seiten ihre Pflichten (bis zu diesem Termin) nicht erfüllen konnten, daß die Industriepartei die ihr erteilten Aufgaben nicht erfüllen und die ausländischen Kreise die Intervention im Jahre 1930 nicht bewerkstelligen konnten“, wurde als endgültiger Termin das Jahr 1931 festgelegt, wobei die imperialistischen Machthaber über diese notwendige Hinausschiebung des Termins ihre Unzufriedenheit nicht verhehlten.

Was geschah vor dem ersten Interventionstermin, vor 1928? Damals war in Frankreich eine Regierung Poincaré an der Macht; in dieser Periode hat sich die Regierung Poincaré mit der Stabilisierung des Franken und mit der Sicherstellung der französischen Hegemonie auf dem Kontinent beschäftigt. Im Mai 1927 unternahm der Präsident der französischen Republik, Doumergue, eine Reise nach London, die die Krönung einer langen Reihe von Versuchen der Poincaré-Regierung war, eine festere Koalition zwischen Frankreich und England herzustellen. Daß diese neue, auf festerer Grundlage erbaute französisch-englische Entente tell-

weise gegen die Vereinigten Staaten gerichtet war, bestreitet niemand, ihre Hauptspitze aber war jedenfalls gegen Sowjetrußland gerichtet. Die Wiederherstellung des anglo-französischen Bündnisses auf neuer Grundlage wurde von einer Reihe von Militärkonventionen begleitet, die sämtlich gegen die Sowjetunion gerichtet waren.

1928 fand aus verschiedenen Gründen die Intervention nicht statt. Die Vorbereitung und Organisation der Intervention wurde jedoch im Winter Jahres mit größter Intensität betrieben. 1928 wurde der politisch-militärische Block von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer organisiert. 1928 hat Frankreich seine diplomatischen Positionen in allen Randstaaten verstärkt. Es wurde die polnisch-rumänische Militärkonvention erneuert. Pilsudski reiste nach Rumänien, Vertreter des rumänischen Generalstabes stäteten Warschau ihren „Höflichkeitsbesuch“ ab. In diesem Jahre wurde die militärische Verbindung zwischen Polen und den baltischen Randstaaten eingeleitet und verstärkt. In diesem Jahr besuchte der französische General Leroux Warschau und Bukarest. In diesem Jahre hat der französische Militärattaché in Warschau Lettland und Estland besucht. In diesem Jahre rief der „Höflichkeitsbesuch“ des Chefs des polnischen Generalstabs in Paris eine Welt sensation hervor. In diesem Jahr wurden sämtliche Militärverbände der weißgardistischen Emigration der Kontrolle des französischen Generalstabs unterstellt und durch den Oberst Janin eine Kommission gebildet, die die technisch-militärische Vorbereitung der Intervention, wie auch die Koordinierung der Interventionsvorbereitungen der konterrevolutionären Kräfte außerhalb und innerhalb der Sowjetgrenzen durchführen soll. In diesem Jahre hat Frankreich Rumänien zur Verstärkung seiner militärischen Kräfte eine Anleihe in Höhe von 72 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. In diesem Jahr wurde der Konflikt an der ostchinesischen Eisenbahn provoziert, woran zwar Frankreich keinen unmittelbaren Anteil hatte, die führenden Mitglieder dieser von Oberst Janin gebildeten Kommissionen, u. a. W. Rjabuschinski, forderten jedoch kategorisch die Rückgabe der ostchinesischen Eisenbahn an seinen früheren Besitzer, die Russo-Asiatische Bank, die bekanntlich in die Händen der französischen Kapitalisten war. In diesem Jahre wurde die Verstärkung der polnischen Flotte im Ostseehafen Gdingen durchgeführt und der Bau der für Polen strategisch wichtigen Eisenbahn zwischen Gdingen und Oberschlesien schnellert betrieben, wozu die große französische Munitionsfabrik Schneider-Creuzot nicht nur Auftrag erhielt, sondern an welchem Unternehmen diese Firma auch finanziell beteiligt ist.

In diesem Jahre wurden in Polen eine Reihe militärisch wichtiger chemischer Betriebe, u. a. eine große Giftgasfabrik der tschechischen Skoda-Werke, errichtet. In diesem Jahre begann unter Ver-
ausgabung riesiger finanzieller Mittel die Reorganisation der rumänischen Armee.

Gleichzeitig mit diesen militärisch-technischen Vorbereitungen wurden auch die militärisch-politischen Vorbereitungen energisch betrieben. Die französische Diplomatie hat in Lettland, Estland, Finnland ihre Positionen sehr verstärkt. In diesem Jahre wurde die engste Verbindung zwischen der französischen Munitionsfirma Schneider-Creuzot und der tschechischen Munitionsfirma, den Skoda-Werken, hergestellt. Gleichzeitig macht die französische Diplomatie alle Anstrengungen, um eine Annäherung zwischen Polen und Deutschland zu erreichen, um dadurch einerseits Polen im Falle eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion von Westen her sichern, andererseits Deutschland als keine Widerstände leistendes Durchmarschgebiet benutzen zu können. In diesem Jahre wurde das Abkommen mit Dänemark über die Meerenge des dänischen Belt abgeschlossen. Gleichzeitig unternimmt die französische Diplomatie Versuche, den skandinavischen Block im Interesse dieses Interventionskrieges auszunutzen.

Dies alles spielte sich in den Jahren 1928 und 1929 ab.

Was sehen wir 1930? Wir können beobachten, wie das internationale Kapital durch eine Reihe von Antisowjetkampagnen die sogenannte öffentliche Meinung für einen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten sucht. 1930 fand der sogenannte Kreuzzug gegen die Sowjetunion unter der Maske der Verteidigung der Gewissensfreiheit, gegen die Unterdrückung der „Glaubigen“ statt. Daß in dieser Kampagne der römische Papst keinerlei Hemmungen hatte, auch mit der französischen Laienrepublik und den protestantischen Dshards in England zusammenzuarbeiten, wird niemand wundern. Diese Kampagne diene dem Zwecke, die rückständigsten kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Land gegen die Sowjetunion zu mobilisieren. In diesem Jahre wurde auch die groteske Kutjpow-Affäre in Paris aufgezogen, aber erst heute — im Zusammenhang mit den Interventionsvorbereitungen — wird es verständlich, warum dieser so plump aufgezogene, von der gesamten bürgerlichen Presse mit der ihr eigenen zynischen Korruption und Verlogenheit gebrachte „Komplot der Tscheke“, die harmlose russische Generale auf der Straße anfällt und aus politischem Haß verschleppt und ermordet — zu einer großen politischen Affäre aufgehauscht und als Agitationsmaterial gegen die Sowjetunion benutzt werden konnte, was

fast zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrußland geführt hätte. 1930 wurde ferner in ähnlichem „Genre“ die gesamte Welt durch die sensationellen „Enthüllungen“ Bessedowskis und Dimitrewskis in Atem gehalten, diesem Geschmeiß käuflicher Subjekte, das sich nur zu willig dem internationalen Finanzkapital für seine dunklen Geschäfte anbietet. In diesem Jahr wurde ferner eine großzügige Kampagne gegen die sogenannte bolschewistische Propaganda, in den mit der Sowjetunion in diplomatischen Beziehungen stehenden Ländern aufgezogen. In den Vereinigten Staaten, in England, Frankreich usw. haben die Vertreter der reaktionären Parteien die Parlamentstribüne zu einer beispiellosen Hetze gegen die Sowjetunion ausgenutzt. Man leitete eine internationale Kampagne gegen das sogenannte „Sowjetdumping“ ein, in der wiederum Frankreich die Führung hatte und in deren Verlauf die französische Regierung eine Reihe administrativer Maßnahmen und Dekrete erließ, um den Export der Sowjetunion mit allen Mitteln zu unterbinden. Wie nicht anders zu erwarten war, folgte Belgien als treuer Vasall diesem Beispiel. Daß gerade Frankreich am wenigsten Anlaß für eine solche nur zu durchsichtige Kampagne hat, beweist die einfache Tatsache, daß die Einfuhr sowjetrussischer Waren nach Frankreich ein Sechzigstel des französischen Imports ausmacht. In diesem Jahr wurde unter Führung Frankreichs durch Polen die Bildung eines sogenannten Blocks der Agrarstaaten eingeleitet. Die Agrarkonferenz in Warschau, die Fortsetzung dieser Konferenz in Bukarest, die Konferenz der Balkanstaaten in Athen waren vornehmlich dazu bestimmt, das Kulakentum dieser Länder unter der Losung des Kampfes gegen das Sowjetdumping gegen die Sowjetunion zu mobilisieren. Diese Kampagne wurde durch die Behandlung derselben Frage im Völkerbund unterstützt. Der französische Handelsminister reiste in diesem Jahr als commis voyageur in allen Randstaaten — in Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien — und sogar in der Türkei herum, um einen Antisowjetblock zustande zu bringen. In diesem Jahr hat Briand mit verdoppelter Energie die konterrevolutionäre Parole der Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ propagiert. Niemand wird leugnen, daß diese „Vereinigten Staaten von Europa“ wohl auch gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, sogar gegen England und Italien gerichtet sein sollen, ihre Hauptspitze jedoch ist zweifellos gegen die Sowjetunion gerichtet.

Gleichzeitig mit diesen Interventionsvorbereitungen im Westen werden auch im Osten alle Vorbereitungen für diesen konterrevolutionären Feldzug getroffen. Der Konflikt an der ostchine-

sischen Eisenbahn, die Bereitschaft der Nanking-Mukden-Regierung, dem internationalen Kapital Knechtsdienste zu leisten, die in den letzten zwei Jahren vor sich gehenden großen Vorbereitungen in Chinesisch-Turkestan zur Sammlung aller konterrevolutionären Kräfte, die Aufhetzung und Mobilisierung der feudalen Fürsten und Lamapriester in der Mongolei gegen die Regierung der Revolutionären Nationalen Volkspartei, der Sturz Aman Ullahs und die Einsetzung Nadir Khans, des Agenten des Imperialismus, in Afghanistan, der jetzt den Bau einer Eisenbahn von der russischen Grenze bis Kabul vorbereitet, die militärisch-strategisch von großer Bedeutung sein wird, da sie den Imperialisten ermöglichen wird, die Baumwollgebiete der Sowjetunion zu bedrohen, die Umwandlung der nordwestlichen Grenzprovinzen Indiens in Waffenplätze für den Angriff auf Sowjetmittelasien, die großen militärischen Vorbereitungen in Mesopotamien, dem Irak, in Syrien und Palästina, die fieberhaften Eisenbahnbauten in diesen Gebieten, u. a. auch in Persien, denen eine besondere militärisch-strategische Bedeutung zukommt, die vom internationalen Kapital in Persien unausgesetzt betriebene Wählerarbeit gegen die Sowjetunion, wie auch der Aufstand in Kurdistan, der nicht nur gegen die türkische Regierung, sondern auch gegen die Sowjetmacht gerichtet war — alle diese Dinge geschehen im Zeichen gesteigerter Rüstungsvorbereitungen der imperialistischen Mächte zu einem konzentrierten Angriff gegen die Sowjetunion.

Aber vielleicht ebenso überzeugend, wenn nicht noch überzeugender als alle diese Tatsachen sprechen die Börsennotierungen von dem Wachsen der Kriegs- und Interventionsgefahr. Die Weltkrise hat dazu geführt, daß sämtliche Aktien und Wertpapiere auf allen Börsen der Welt riesig gefallen sind. In der Periode von Juli bis Oktober 1930 sind sämtliche Aktien um 10, 15, 20, 30 Punkte gefallen. Zu gleicher Zeit sind jedoch die Aktien der drei größten Kriegsbetriebe der Welt in bedeutendem Maße gestiegen. In der Zeit vom 1. Juli bis 7. Oktober stiegen die Aktien von Vickers von 6,6 auf 7,5, die Aktien von Hotchkiss von 1.980 auf 1.995 und die Aktien von Schneider-Creuzot von 1.934 auf 1.945.

Die Weltbörse riecht also Blut, sie wittert einen neuen Weltkrieg! Sie ahnt den unvermeidlich gewordenen und sich mit Riesenschritten nahenden Interventionskrieg gegen die Sowjetunion!

Die II. Internationale hetzt zum Krieg

Aber nicht nur die Weltbörse stellt sich auf den neuen Weltkrieg ein, auch die Agentur des internationalen Finanzkapitals im Lager der Arbeiterklasse, die II. Internationale, hat bereits ihre gesamte Tätigkeit auf die Hilfeleistung für diesen Interventionsfeldzug gegen die Sowjetunion eingestellt. Was die Suchanow-Gromann-Basarow-Gruppe nur innerhalb der Sowjetunion, und in dieser Hinsicht erfolglos versuchte, das holt die II. Internationale durch ihre aktive Antisowjetkampagne in internationalem Maßstab auf.

Die russischen Menschewisten in der Emigration standen mit der Gromann-Suchanow-Gruppe in der UdSSR in Verbindung, sie wußten über die Verhandlungen dieser Gruppe mit der sogenannten Werktätigen Bauernpartei, der Kulakenpartei Kondratjew, und sie haben sich auch nach der Verhaftung von Gromann-Suchanow mit dieser Gruppe solidarisch erklärt. Damit nicht genug, setzte sich das Zentralorgan der emigrierten russischen Menschewisten, der „Sozialistische Bote“, für die Schädlinge im Apparat der Lebensmittelversorgung ein. Die russischen Menschewiki nahmen für die Helden der Industriepartei Stellung. Wenn es auch wenig politische Bedeutung hat und ziemlich uninteressant ist, was diese kläglichen Figuren von russischen Menschewiki, diese traurigen Marionetten des internationalen Kapitals, diese Generalstüber des Arbeiterverrats, denen die Armee davon-gelauert ist, in der Emigration in ohnmächtiger Wut gegen die Sowjetunion ausbrüten, so ist doch die eine Tatsache für deren ideologische Ver lumpung und gute Informiertheit kennzeichnend, daß sie gerade im Jahre 1930 mit Kerenski und den Sozialrevolutionären Verhandlungen über eine Blockbildung für den Fall des Sieges der Konterrevolution geführt haben. Dalin hat in seinem Referat in Paris über diese Verhandlungen ganz offen gesprochen. Dalin und Kerenski traten in dieser Pariser Versammlung auf und stellten ein ganzes Programm für den Fall des Sturzes der Sowjetmacht auf. Ist es ein Zufall, daß die russischen Menschewiki diesen Sturz für das Jahr 1930 voraussahen, oder haben sie vielleicht ihre Informationen durch das Handels- und Industriekomitee, ja vielleicht sogar vom französischen Generalstab bezogen?

Aber es handelt sich nicht nur um diese verlassenen Gestalten des russischen Menschewismus, es handelt sich auch nicht nur um die georgischen und armenischen Sozialisten, die ganz offen für eine imperialistische Intervention eintreten: die gesamte II. Internatio-

nale arbeitet auf diesen Umsturz hin. Jurowski, der in Aussicht genommene Finanzminister der Kulakenpartei, hat im Moskauer Prozeß erklärt, daß ihm während seiner Pariser Reise Miljukow mitgeteilt habe, daß nur mit Hilfe einer Intervention durch die Imperialisten der Sturz der Sowjetmacht möglich sein werde, daß die französische Regierung eine solche vorbereite und daß „die französischen Sozialisten gegen eine solche Intervention nicht nur nichts einzuwenden haben, sondern sie sogar offen oder versteckt unterstützen werden“. Wir haben guten Grund anzunehmen, daß Herr Miljukow über die Stellungnahme der französischen Sozialisten ziemlich gut informiert sein wird. Die reformistische Confederation Générale du Travail (CGT) hat ja auch einen Bericht des Herrn Kerenski über die Lage in Sowjetrußland entgegengenommen. Kerenski und Miljukow wurde ferner die Ehre zuteil, dem Zentralkomitee der französischen Radikal-Sozialistischen Partei einen Bericht über die Lage in Sowjetrußland erstatten zu dürfen. Und die Sozialisten unterstützen ja die Radikal-Sozialisten. Diese Tatsachen beweisen zur Genüge, daß die französischen Sozialisten in enger Verbindung mit den konterrevolutionären Kadetten und Sozialrevolutionären stehen. Es ist auch kein Zufall, daß der Parteitag der französischen Sozialistischen Partei gerade in diesem Jahr unter der Parole des Kampfes gegen den Bolschewismus, für die Vaterlandsverteidigung und Wiederherstellung der Demokratie geführt wurde. Paul Boncour und Renaudel haben mit voller Offenheit die Frage ihres Verbleibens in der Partei von der Stellungnahme der Partei gegen den Bolschewismus abhängig gemacht, und alle Strömungen innerhalb der Sozialistischen Partei, von Léon Blum bis Zyromski, haben diese Bedingung angenommen. Oder ist es ein Zufall, daß während des Konfliktes an der ostchinesischen Eisenbahn die II. Internationale einschließlich ihres sogenannten „linken“ Flügels für Tschang Kai-schek, für die Mukden- und gegen die Räteregierung Stellung genommen hat? Ist es ein Zufall, daß der Theoretiker der II. Internationale, Kautsky, gerade 1930 ein neues „Werk“ von Stapel ließ, unter dem Titel „Der Bolschewismus in der Sackgasse“, in dem Kautsky ganz offen die Notwendigkeit einer Intervention und das Recht und die Pflicht der Sozialisten, einen bewaffneten Kampf für die „Wiederherstellung der Demokratie“ zu führen, vertritt? Kautsky ist in seiner Stellungnahme nur konsequent. Er hat dieselbe Stellung bereits auf dem II. Kongreß der sozialpatriotischen Internationale im August 1925 in Marseille eingenommen, die damals vom Kongreß allerdings noch verworfen wurde, der heuchlerisch allen Sektionen die Verteidigung der

Sowjetunion zur Pflicht machte. Trotzdem kann es nur lehrreich sein, sich heute ins Gedächtnis zurückzurufen, wie der Theoretiker jener II. Internationale auf diesem Kongreß dafür eintrat, eine eventuelle Intervention gegen die Sowjetunion für den Sturz der proletarischen Diktatur auszunutzen. Er schrieb anläßlich des Kongresses u. a.:

„Heute ist auch im eigentlichen Rußland die Gefahr geschwunden, daß eine sozialistische Erhebung gegen den Bolschewismus die Reaktion fördern würde. Aus dem einfachen Grunde, weil alles das, was an Reaktion in Rußland möglich war, heute schon von dem Bolschewismus in einem Maße praktiziert wird, das nicht mehr zu überbieten ist. ... Die Angst, durch eine bewaffnete Erhebung in Rußland die Reaktion zu fördern, brauchen wir nicht mehr zu bagen. Vielmehr wächst immer mehr die Wahrscheinlichkeit, eine solche Erhebung würde, wenn sie gelänge, die Freiheit in Rußland vermehren...“

Dieser Aufruhr (den die Sozialdemokraten nach Kautsky keineswegs eskalieren sollen) kann solche Dimensionen annehmen, daß die Militärgewalt da gegen machtlos ist, daß sie sogar, oder wenigstens ein Teil von ihr, selbst von der allgemeinen Empörung mitgerissen wird. Am ehesten tritt das ein Infolge einer großen militärischen Katastrophe...“

Heute aber gibt es im Lager der II. Internationale keine einzige Stimme des Protestes mehr gegen Kautskys Stellungnahme. Jetzt, unmittelbar vor der Intervention, hält es die II. Internationale nicht mehr für notwendig, auch nur in Worten zur Verteidigung der Sowjetunion aufzurufen. Umgekehrt, die II. Internationale nimmt jetzt offen gegen die Sowjetunion Stellung. Auf seiner Züricher Tagung hat das Exekutivkomitee der II. Internationale gegen jede Diktatur Stellung genommen, womit es also die proletarische Diktatur der faschistischen gleichgesetzt hat. Auf Vorschlag der russischen Menschewisten wurde auf dieser Tagung ein Aufruf an die Arbeiter der ganzen Welt angenommen, in welchem zum Kampf gegen die proletarische Diktatur, für die Wiederherstellung der „Demokratie“ aufgerufen wird. Das Programm der II. Internationale fällt also in dieser Frage vollkommen mit dem des Pariser Handels- und Industriekomitees und der Industriepartei zusammen. Es ist auch kein Zufall, daß dieser Aufruf gerade in der Periode erlassen wurde, in der Deterding seine weißgardistischen Freunde mit dem „neuen Rußland, das in einigen Monaten aufstehen wird“, tröstete. Es ist kein Zufall, daß dieser Aufruf gerade in der Periode erschien, in der Poincaré in seinen Zeitungsartikeln die rumänische Intervention gegen Sowjetrußland rechtfertigt. Es genügt ferner, nur darauf hinzuweisen, daß die gesamte sozialdemokratische Presse, angefangen vom Berliner „Vorwärts“, über den Pariser „Populaire“ bis zur Wiener „Arbeiterzeitung“, einstimmig den sogenannten „Kreuzzug“ gegen die Sowjetunion mitgemacht hat, daß eine Einheits-

front von Bauer-Stampfer-Renaudel mit den englischen Lords und dem römischen Papst vorhanden war.

Es ist auch durchaus kein Zufall, daß die bürgerliche Hetzkampagne gegen die „bolschewistische Propaganda“ die vollste Unterstützung der gesamten II. Internationale gefunden und daß Henderson im englischen Unterhaus in dieser Frage vor den Dichards kapituliert hat.

Es ist kein Zufall, daß die bürgerliche Hetzkampagne gegen das angebliche Sowjetdumping die Unterstützung der Sozialdemokratie aller Länder gefunden hat.

Oder ist es vielleicht nur ein Zufall, daß die Kampagne der Bourgeoisie aller Länder gegen den Fünfjahrplan der Sowjetunion ihre Waffen aus dem Lügenarsenal der internationalen Sozialdemokratie genommen hat?

Die Politik der sozialdemokratischen Parteien in den Grenzstaaten war eine offene Stellungnahme für eine Intervention gegen Sowjetrußland. In Polen hat die PPS die faschistische Diktatur Pilsudskis mit vorbereitet und dieselbe nach dessen Machtergreifung unterstützt. Die rumänische Sozialdemokratie hat im Grunde genommen die Rückkehr König Carols begrüßt. In Finnland hat die Sozialdemokratie der faschistischen Diktatur nicht nur den Weg gebahnt, sondern ihr aktiv zur Macht verholfen.

Die II. Internationale wittert ebenfalls den neuen Weltkrieg, die Intervention gegen Sowjetrußland; sie möchte den Anschluß nicht verpassen und hilft aktiv mit, diese Intervention vorzubereiten. Der unerhörte Verrat am 4. August 1914 ist ein Kinderspiel gegenüber dem sich jetzt abspielenden Verrat der internationalen Sozialdemokratie. Damals hat sie nur ganz vorsichtig, unter demagogischen Vorwänden, den Krieg gutgeheißen, heute bereitet sie ihn aktiv vor. Damals stellte sie sich nur auf den Standpunkt der Vaterlandsverteidigung, heute führt sie selbst den Angriffskrieg gegen die proletarische Räteunion.

Durch die richtige bolschewistische Politik der kommunistischen Partei der Sowjetunion, bei Unterstützung der breiten Massen der Arbeiterklasse und der ausschlaggebenden Massen der Bauernschaft, wurden die Pläne der Schädlinge der Industriepartei, der Kulakenpartei und der menschwistischen Splittergruppen zu nichts gemacht, noch ehe die OGPU die konterrevolutionäre Verschwörung aufdecken konnte. Dies gab den Angeklagten selbst zu. Die minimalistischen Pläne wurden durch die Partei abgelehnt, die rechten Opportunisten, die diese Tendenzen unterstützten, wurden vernichtend geschlagen. Ebenso verwarf die Partei die

maximalistischen Pläne der Schädlinge, und die ultralinken Verteidiger dieser Tendenzen innerhalb der Partei wurden ebenfalls in schonungslosem Kampfe erledigt. Die bolschewistische Partei hat den Widerstand des Kulakentums gebrochen und die Politik der Kollektivierung der Wirtschaften der armen und mittleren Bauern durchgeführt; sie hat in erfolgreichem Kampf gegen die rechten Opportunisten die Liquidierung des Kulakentums als Klasse in den Gebieten der restlosen Kollektivierung durchgeführt; sie hat den Kampf gegen die linken Uebertreibungen in der Kollektivierungsfrage siegreich zu Ende geführt und damit das geführte Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Mittelbauernschaft gesichert.

Die Partei hat es verstanden, Tausende von Wissenschaftlern, Spezialisten und Ingenieuren auf die Seite der Arbeiterklasse herüberzuziehen. Dessenungeachtet hat aber die Partei nach den Enthüllungen des Schachty-Prozesses mit verstärkter Energie — auch diesmal wieder gegen den Widerstand der rechten Opportunisten — die Schaffung eigener proletarischer Kader für die Heranbildung roter Spezialisten, Wissenschaftler, Techniker und Ingenieure durchgeführt, um auch diese Kommandohöhen auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet restlos in die Hände proletarischer und der Arbeiterklasse ergebener Spezialisten zu legen.

Die Partei hat es verstanden, die Massen zu mobilisieren, Stoßtrupps des sozialistischen Aufbaus, sozialistische Wettbewerbe zur maximalsten Steigerung der Arbeitsintensität zu organisieren und durch Erweckung der revolutionären Initiative und Begeisterung der Massen alle Durchbruchstellen in der Kampffront für die Erfüllung des Fünfjahresplanes in vier Jahren auszufüllen.

Die Partei hat es verstanden, die Massen in Bewegung zu bringen, und diese Kontrolle der Massen von unten hat auch nach dem Bekenntnis Ramsins die Durchführung der Schädlingspläne immer mehr und mehr erschwert. Als dann von den Massen ihr Gegenplan, der sich größere Ziele steckte, aufgestellt wurde, als die aktivsten, fortschrittlichsten Betriebe die zurückbleibenden ins Schlepptau nahmen, als die Belegschaften der Betriebe die Belieferung mit Rohstoffen und Halbfabrikaten zu kontrollieren begannen, wurden alle weiteren Schädlingspläne zunichte gemacht.

Bedeutet aber diese Vernichtung der Schädlingspläne und die Zerschlagung aller konterrevolutionären Gruppierungen innerhalb der Sowjetunion, daß die Interventionsgefahr behoben ist? Nein, im Gegenteil.

Die Weltlage zu Beginn des Jahres 1931

Die Weltwirtschaftskrise wächst, nimmt immer mehr zu, wird immer tiefer und umfangreicher. Die Krise hat bereits sämtliche kapitalistischen Länder, ihre Kolonien und Halbkolonien erfaßt. Die Großhandelspreise fallen noch immer, die Warenvorräte wachsen, die Produktion verringert sich immer mehr, die Erwerbslosigkeit in den kapitalistischen Ländern hat die Ziffer von 20 Millionen bereits weit überschritten, die Zahl der Bankrotte steigt, die ganze kapitalistische Welt erlittet unter den Schlägen der schwersten ökonomischen Krise, die der Kapitalismus jemals erlebt hat. Die Weltbörsen fliebern unter dieser Krise, unaufhörlich fallen die Kurse der Aktien, Wertpapiere und Obligationen. Die unlängst stabilisierten Valuten von Argentinien, Brasilien, Spanien, der Türkei, Persien, Kanada und Australien beginnen von neuem zu fallen. Der Sturz der Silberpreise hat ungeheure Gebiete, in denen auf dem inneren Markt noch die Silbervaluta im Kurs ist, zahlungsunfähig gemacht, hat die Kauffähigkeit dieser Länder ungeheuer gelähmt, besonders China, Indien, Indochina und Persien. Der Außenhandel der größten imperialistischen Industriestaaten fiel um 15—30 Prozent. Der Außenhandel der wichtigsten Agrarländer und wichtigsten Kolonien verminderte sich während der Krise um 30—50 Prozent. Der innere Markt dieser Länder wird immer mehr eingeengt. Da der Preissturz vor allem und am empfindlichsten die kolonialen Produkte betroffen hat, entstand eine ungeheure Schere zwischen den Preisen der Waren der imperialistischen Länder und denen der Kolonien. Da der Preissturz in zweiter Linie und ebenso empfindlich die landwirtschaftlichen Produkte betroffen hat, entstand wiederum eine Schere zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Produkte und denen der Industrie. Darin liegt die wirtschaftliche Begründung der Krise des gesamten imperialistischen Kolonialsystems. Darin liegt die wirtschaftliche Begründung der Krise der Bauernwirtschaft.

Der Preissturz hat am wenigsten die monopolisierten, kartellierten, trustifizierten Produktionszweige getroffen. Das monopolistische Finanzkapital hat seine Positionen während der Krise verstärkt. Die imperialistischen Länder sind bestrebt, alle Lasten der Krise auf die kolonialen und wirtschaftlich schwächeren Länder abzuwälzen. Die internationale Finanzoligarchie ist bestrebt, innerhalb der imperialistischen Länder alle Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und teilweise sogar auf die städtische Kleinbourgeoisie abzuwälzen. Die Wirtschaftskrise hat in allen Ländern die Staatsbudgets in Mitleidenschaft gezogen, die

Defizite wachsen, unter anderem wachsen daher auch die Steuern und Zölle, wächst und verschärft sich die Konkurrenz auf dem inneren Markt. Dies erklärt teilweise, daß die Großhandelspreise wohl fallen, aber nicht die Kleinhandelspreise, die die Lebenshaltung der Arbeiterklasse eigentlich bestimmen, ja in einer ganzen Reihe von Ländern — Frankreich, Polen, Italien, Oesterreich, Ungarn usw. — steigen sie sogar.

Auch das Wachsen der Erwerbslosigkeit verengert immer mehr den inneren Markt. In den Vereinigten Staaten hat sich die Lohnsumme der gesamten Arbeiterklasse während eines Krisenjahres um 8 Milliarden Dollar vermindert. Die Gesamtlohnsumme der deutschen Arbeiterklasse verminderte sich während eines Krisenjahres um 10 Milliarden Mark. In England hat sich die Gesamtlohnsumme der Arbeiterklasse infolge der Erwerbslosigkeit allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 1930 um 200 Millionen Pfund Sterling vermindert.

Die Schere zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und industrielle Produkte vermindert die Kaufkraft der Bauernschaft ungeheuerlich.

In einer ganzen Reihe von Ländern schlug diese ökonomische Krise in eine politische um, wobei diese politische Krise wiederum auf die Wirtschaft zurückwirkt. Nach den deutschen Reichstagswahlen 1930, die die ungeheure Verschärfung der Klassengegensätze grell aufzeigten, setzte eine Kapitalflucht ins Ausland ein. Der Diskontsatz der Deutschen Reichsbank mußte heraufgesetzt werden, der Zustrom ausländischen Kapitals stockte, und die Kurse sämtlicher Aktien, Wertpapiere und Obligationen fielen.

Nach dem Septemberegeneralstreik der Budapest Arbeiter trat eine Panik an der Budapest Börse ein. Die geringste Belegung der Arbeiterbewegung in Australien führt zu katastrophalen Kursstürzen an der Londoner Börse. Das Wachsen und Erstarren der revolutionären Bewegung in China und Indien übt einen offensichtlichen Einfluß auf die Börsenkotierungen aus. Der Verlauf des Bürgerkrieges in Lateinamerika ist aus den Börsenkotierungen der Londoner und New Yorker Börse klar ersichtlich. Das gesamte imperialistische Kolonialsystem ist in eine Krise geraten. China, Indochina, der arabische Osten, Lateinamerika und Afrika sind in Bewegung gekommen.

Auch das ganze System der Friedensverträge ist in eine Krise geraten. Die Hälfte des deutschen Volkes hat gegen den Vertrag von Versailles und den Young-Plan gestimmt. Die Massen aller Länder stürmen gegen die Verträge von Versailles, St. Germain,

Trianon und Neuilly an. Die Vereinbarungen über die Regelung der interalliierten Kriegsschulden sind in Frage gestellt. Die Kurse der Young-Anleihen fallen an allen Weltbörsen.

Und die Ideologen, Theoretiker und Politiker der Bourgeoisie sehen noch kein Ende der Krise. Der Gang der Krise ist qualvoll langsam, und alle Versuche der Regierungen und monopolistischen Finanzgebilde, die Krise zu meistern, haben nur dazu geführt, die Krise zu verschärfen. Alle Theorien der II. Internationale über Ultraimperialismus wurden zerschlagen. Hilferdings Theorie über die organisierte kapitalistische Wirtschaft, über die internationale Verflechtung der kapitalistischen nationalen Wirtschaften wurden durch diese Krise ad absurdum geführt. Naphtalis berühmte Theorie über die Möglichkeit einer Konjunkturbeeinflussung durch Kartelle, Trusts, Syndikate und kapitalistische Regierungen hat kläglichen Schiffbruch erlitten. Die Hooverische Theorie über die krisenlose kapitalistische Wirtschaft, über eine ständige Prosperität, ruft heute sogar in bürgerlichen Kreisen nur ein mitleidvolles Lächeln hervor. Selbst Macdonald mußte auf dem Parteitag der Labour Party in Llandudno erklären, daß für diese Krise das kapitalistische System auf die Anklagebank gehört. Auch die opportunistische Theorie des organisierten Kapitalismus wurde durch diese Krise widerlegt.

Auf Grund dieser ökonomischen Krise verschärfen sich auch die politischen Gegensätze im Lager der Imperialisten selbst. Der englisch-amerikanische Gegensatz, der französisch-italienische Gegensatz, die Erstarung des neuen deutschen Imperialismus stellten die Frage einer Neuaufteilung der Welt. Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten und den werktätigen Massen der Kolonien verschärfen sich immer mehr. China, Indochina, Indien sind die besten Beispiele dafür. Der Klassenkampf innerhalb der kapitalistischen Länder verschärfert sich ebenfalls immer mehr. Die Bourgeoisie versucht, den Faschismus und Sozialfaschismus zu mobilisieren, um die wachsende revolutionäre Bewegung zu unterdrücken.

Daraus folgt, daß auch die Gegensätze zweier verschiedener Welten, zweier verschiedener Gesellschaftssysteme, und zwar die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialistischen Räterußland, sich immer mehr verschärfen müssen.

In der kapitalistischen Welt — Krise; in der Sowjetunion — Aufbau des Sozialismus. In der kapitalistischen Welt — Verringerung der Produktion, Erwerbslosigkeit; in der Sowjetunion — noch nie dagewesenes Tempo des Wachstums der Produktion und

keine Erwerbslosigkeit. In der kapitalistischen Welt — Agrarkrise; in der Sowjetunion — Kollektivierung der Bauernwirtschaften, Bildung von staatlichen landwirtschaftlichen Betrieben (Sowchosen). In der kapitalistischen Welt — Verschärfung der Klassengegensätze; in der Sowjetunion — Liquidierung — wenn auch unter heftigstem Kampfe — der wichtigsten kapitalistischen Schicht, des Kulakentums als Klasse. In der kapitalistischen Welt — allgemeine Krise, deren Ende noch nicht abzusehen ist; in der Sowjetunion — sozialistischer Fünfjahrplan, der in vier Jahren verwirklicht werden soll.

Die internationale Finanzoligarchie sucht verzweifelt einen Ausweg aus dieser Krise. Für die Bourgeoisie besteht dieser Ausweg darin, die Produktionskosten herabzusetzen, d. h. den Lohn und die soziale Gesetzgebung abzubauen.

In England führt die sogenannte Arbeiterregierung dieses Programm durch. Nachdem die Löhne der Bergarbeiter und Textilarbeiter abgebaut wurden, sind jetzt die Eisenbahner, Bauarbeiter usw. an der Reihe. Auch eine „Reform“ der Arbeitslosenversicherung wird von der „Arbeiter“regierung vorbereitet. Die Konservative Partei verkündet ganz offen und ungeniert die Notwendigkeit des Abbaus der Löhne.

In Italien baut der Faschismus die Löhne der Arbeiter und Angestellten um 12 Prozent ab.

Das Programm der Brüning-Regierung besteht darin, die Löhne um 10—15 Prozent, die soziale Gesetzgebung um 30 bis 40 Prozent abzubauen. Und die Sozialdemokraten sind hierbei wertvolle Helfershelfer, um diesen Plan durchzuführen. Duisberg hat auf der Tagung der deutschen Industriellen erklärt, daß die Preise der Kaufkraft des indischen Bauern und Arbeiters, des chinesischen Bauern angepaßt werden müssen; dementsprechend müßten auch Löhne und soziale Gesetzgebung in den industriellen Ländern verringert werden.

In Australien führt die sogenannte „Arbeiter“regierung den Abbau der Löhne um 10 Prozent, den der sozialen Gesetzgebung um 40—50 Prozent durch.

In den Vereinigten Staaten wird die Frage der Senkung der allgemeinen Lebenshaltung von der Bourgeoisie offen gestellt. Der Vorsitzende der Vereinigung der amerikanischen Bankiers, Andrew, erklärte ganz offen, daß das goldene Zeitalter der Autos, goldenen Uhren, Radios, eigenen Häuser usw. für den amerikanischen Arbeiter aufgehört habe,

In den kleineren kapitalistischen Ländern — Polen, Ungarn, Rumänien, Finnland usw. — ist der Lohnabbau bis zu 25—30 Prozent durchgeführt.

Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt und der Kampf um neue Märkte wird immer schärfer. Der Zollkrieg als Vorläufer des neuen Weltkrieges hat bereits eingesetzt. In China, Indien und Sowjetrußland leben 900 Millionen Menschen, die, durch politische Unruhen erfaßt, dem Weltmarkt eigentlich teilweise entzogen sind. Wenn man diese Märkte erschließen könnte, könnte man die Krise liquidieren“, — so hat im englischen Unterhaus der Liberale Samuel Herbert erklärt. Und die internationale Finanzoligarchie muß und will diese Märkte erschließen. Herabsetzung der Löhne, Abbau der sozialen Gesetzgebung, Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung und kolonialen Revolutionen — darin besteht daher das Programm des internationalen Kapitals. Und um diesen Ausweg beschreiten zu können, muß das internationale Kapital den ersten proletarischen Staat der Welt, Sowjetrußland, ein Sechstel der Welt, dessen Markt den internationalen Räubern entzogen ist, vernichten und die Intervention gegen die Räteunion unbedingt und mit allen Mitteln durchführen.

Die russischen Arbeiter und Bauern werden aber den Herren Imperialisten einen Strich durch die Rechnung machen, indem sie im Falle einer Intervention mit der Waffe in der Hand ihren proletarischen Staat verteidigen werden. Einen neuen Weltkrieg, eine Intervention können sie allein jedoch nicht verhindern, dazu bedarf es der Hilfe des internationalen Proletariats. Und mehr als je steht jetzt vor der internationalen Arbeiterklasse die Aufgabe, die dunklen Pläne der Interventionisten durch revolutionäre Klassenkämpfe zu durchkreuzen, Sowjetrußland, ihr sozialistisches Vaterland, gegen die Ueberfälle der Imperialisten zu schützen und die Angriffe der Bourgeoisie in allen Ländern mit dem entschlossenen Gegenangriff des Proletariats zu beantworten.

Hände weg von Sowjetrußland!

Eiserne und geschlossene Abwehrfront des revolutionären Proletariats und der revolutionären Bauernschaft aller Länder gegen die räuberischen Ueberfallspläne der Imperialisten!

Kampf den Verrätern an der Sache des revolutionären Proletariats, den sozialdemokratischen Kapitalknechten aller Schattierungen!

Erhöhte Kampfbereitschaft gegen die kapitalistischen Ausbeuter im eigenen Land!

Für den Sieg des Sozialismus!

JETZT LESEN!

S. DASZYNSKI / JAN RADOPOLSKI

IMPERIALISTISCHER KREUZZUG GEGEN DEN KOMMUNISMUS

DAS ERSTE BUCH, das konkrete Angaben über den gegenwärtigen Stand der Aufrüstung der kapitalistischen Staaten bringt und an Hand unumstößlicher Tatsachen aufzeigt, wie systematisch der Zusammenschluß der kapitalistischen Welt, die Vorbereitungen für eine Intervention gegen die Sowjetunion durchgeführt werden. Zum ersten Male wird der

WORTLAUT DER WICHTIGSTEN MILITARISCHEN UND POLITISCHEN VERTRÄGE

der Anti-Sowjetfront veröffentlicht. Weiter bringt das Werk charakteristische Äußerungen bürgerlicher Militärs und Politiker und behandelt in einem besonderen Abschnitt die Errungenschaften der Technik in ihrer Bedeutung und Verwendbarkeit für kriegerische Auseinandersetzungen. Gestützt auf all diese sorgfältig zusammengestellten Tatsachen, versuchen dann die Verfasser im letzten Kapitel ein Bild des nächsten Krieges zu zeichnen.



240 Seiten

Preis kart. RM 2.—

VERLAG CARL HOYM NACHF. / HAMBURG-BERLIN

Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks vorbehalten. Copyright by
Verlag Carl Heym Nachfolger Louis Cahnbley, Hamburg-Berlin NW 6.
Für den Inhalt verantwortlich A. Creutzburg, Berlin. — Druck: Neudrap, Leipzig.

**DIE ANKLAGE
IM PROZESS
GEGEN DIE
KONTERREVOLUTIONÄRE
„INDUSTRIEPARTEI“**

Wir klagen an

Das Programm der „Industriepartei“
Versuche Spionage zur Zersetzung
der Roten Armee
Der französische Generalstab erteilt
Instruktionen
Geheimhaltungen Poincarés und
Brands mit Rybuschinski
Der englische Generalstab greift ein
Pläne und Termine der Intervention
werden festgelegt

Die Broschüre „Wir klagen an“ bringt den genauen text der Anklageschrift. Bereits am zweiten Tag dieses riesigen Prozesses in Moskau wurde festgestellt, daß die Intervention nicht erst vorbereitet wird, sondern bereits begonnen hat. Der schamlose Zynismus, die niederträchtige Gemeinheit, das frevelhafte Doppelspiel einer bezahlten Bande Konterrevolutionäre im Auftrag des Imperialismus wird rücksichtslos aufgedeckt. Kein Arbeiter, kein Angestellter, Beamter, Mittelständler darf versäumen, sich schnell dieses welthistorische Dokument zu beschaffen.

Der Preis beträgt bei 80 Seiten Umfang nur 20 Pfennig.

VERLAG CARL HOYM, HAMBURG, BERLIN NW 6